

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Edward Steindrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Postzeile oder deren Raum 60 Pfg.  
Bergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Veranstaltungsanzeigen 15 Pfg.

## Zum 1. Mai.

Währlich, wenn der Frühling seinen Einzug ins Land hält, wenn sich Bäume und Sträucher grün zu färben beginnen und die linden Lüfte erwachen, dann feiern die Arbeiter ihr Maifest. In allen Kulturländern strömen am 1. Mai die Arbeitermassen zusammen, um erneut das Gelübnis abzulegen, nicht zu ruhen und zu rasten, bis das Ziel, die Befreiung der Arbeiterschaft aus den Fesseln des Kapitalismus, erreicht ist. Der Frühling ist die passendste Zeit für das Fest der Arbeit. Der alte griesgrämige Winter, der die Welt in eisige Banden schlug, ist überwunden; der junge Lenz triumphiert, er hat den Tyrannen, der seine Macht gähe verteidigte, doch endlich gestürzt, und er führt nun die Menschheit schönen, besseren Tagen entgegen. Dieser Kampf in der Natur, der mit der Überwindung der finsternen Gewalt des Winters endet, ist so recht geeignet, die unter der Last des Kapitalismus seufzende Arbeiterschaft aufzumuntern, ihr neuen Mut einzuflößen und sie zu begeistern für die großen Aufgaben, die sie sich gestellt hat. Der Miese Proletariat ist erwacht, er rüttelt an den Ketten, in welche ihn das Kapital geschlagen.

Das Maifest der Arbeit läßt den tiefen Abgrund, der sich zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat, zwischen den Wohlhabenden und Besitzlosen aufrit, besonders deutlich in Erscheinung treten. Wir haben diese Kluft nicht geschaffen, die Scheidung der Menschheit in verschiedene Klassen ist nicht unser Werk. Aber es wäre ein Schaden für die Arbeiterschaft, wenn sie ihre Augen vor den offensichtlichen Tatsachen verschließen wollte. Nein, im Gegenteil, wir müssen den Finger in die Wunde legen und mit allem Nachdruck darauf hinweisen, wie die Arbeiterschaft unterdrückt und geknechtet ist. Wie die Arbeiterklasse, die der wichtigste, ja unentbehrlichste Bestandteil des Gemeinwesens ist, politisch entrechtet und wirtschaftlich ausgebeutet wird. Das Maifest der Arbeit bietet Gelegenheit, die Aufmerksamkeit der Massen auf diese Dinge zu lenken, den Blick des einzelnen für das Erkennen seiner Klassenlage zu schärfen. Das Auge soll aber nicht nur auf die trübe Gegenwart geheftet bleiben. Vergleiche zwischen früher und heute zeigen uns, wie die Erkenntnis der Klassenlage als Hebel des Fortschrittes wirkt. Und wir wollen vorwärts schreiten! Wir wollen uns die Rechte, die man uns noch vorenthält, erlämpfen. Unbekümmert um das Gezeiter der Bourgeoisie soll uns der erste Mai ein Festtag sein, der uns im Kampf um unser Recht stärkt und uns tüchtig macht, die hohe Aufgabe zu erfüllen, die wir uns gestellt haben: Den Sturz der Klassenherrschaft.

Die gute alte Zeit ist vorüber, wo das „Bete und arbeite“ die oberste Richtschnur im Leben des Arbeiters war. Die Arbeiterschaft ist aufgewacht, ihr ist zum Bewußtsein gekommen, wie unwürdig das Joch ist, in welches man sie zwingt. Das Proletariat fühlt den Druck der Ketten, die auf ihm lasten, und es ist erfüllt von dem heiligen Streben, die Fesseln, in die man es geschlagen, zu zerbrechen. Es ist eine schwere Aufgabe, der wir uns unterzogen haben, aber uns winkt als Lohn ein herrlicher Preis. Das Maifest ist uns zum Wahrzeichen geworden. Es ist das Frühlingsfest des arbeitenden Volkes in allen Kulturländern. Und wenn uns auch künstliche Grenzpfähle trennen, wenn wir auch in verschiedenen Lauten sprechen, so sind doch die Entrechteten, die Ausgebeuteten in allen Ländern am 1. Mai von dem gleichen Gedanken erfüllt. Es ist ein erhebendes Gefühl, zu wissen, daß Millionen von Männern und Frauen auf dem weiten Erdenrund und im Geiste die Hand drücken, daß sie uns Kampfgesährten sind, entschlossen, mit uns zu streben, daß der Fluch von der Arbeit genommen, daß auch der Arbeiter ein freier Mensch wird.

Die Bourgeoisie, das Unternehmertum, mißgönnt uns diesen Festtag. Von dem Schrecken, der die Herren von „Bildung und Besitz“ erfaßt hatte, als sich das internationale Proletariat im Jahre 1890 zum ersten Male rüstete, den durch den internationalen Kongreß im Vorjahre eingesetzten Festtag zu begehen, haben sie sich inzwischen erholt. Sie haben eingesehen, daß es die Arbeiterschaft nicht darauf abgesehen hat, ihre Geldschranke zu plündern oder törichte Putsch zu inszenieren. Aber um so unheimlicher ist ihnen die ruhige, zielbewußte Arbeit der „Umstürzler“,

die sich streng an die bestehenden Gesetze halten und doch zusehends Schritt für Schritt ihrem Ziele näher kommen.

Der Arbeiterschaft soll ihr Festtag verehrt werden; durch allerlei Schikanen sucht man sie daran zu hindern, den ersten Mai festlich zu begehen. Vergebliche Mühen. Der Geist läßt sich nicht in Fesseln schlagen. So oft wir am 1. Mai die Arbeit des verflorenen Jahres Mevue passieren lassen, können wir feststellen, daß wir ein gutes Stück vorwärts gekommen sind. Kein Wunder, leisten uns doch unsere Gegner durch ihr blindes Wüten gegen jeden Fortschritt die beste Hilfe. Wie haben sie jubelt, als es ihnen im Jahre 1907 gelungen war, durch allerhand Kniffe und Ruffe der Sozialdemokratie fast die Hälfte ihrer Reichstagsmandate abzugeben. Damals glaubten sie, den gefährlichsten Feind zerschmettert am Boden liegen zu sehen. Und jetzt, wenige Jahre später? Mit Bittern und Jagen sehen sie den Termin der Neuwahlen näher kommen. Sie wissen, daß das Volk fürchterlich Abrechnung halten wird mit den Ausbeutern, die den Massen immer neue Lasten auferlegen und die Gesetze schufen, um den Reichtum der Reichen zu mehren auf Kosten der Armen.

Mit Befriedigung kann das arbeitende Volk auf den Fortschritt zurückblicken, der auf dem Wege zur Erringung des Wahlrechts in Preußen erzielt wurde. Gewiß, wir sind von der Erreichung des gesteckten Zieles noch weit entfernt. Aber welcher Unterschied, wenn man nur wenige Jahre zurückdenkt und die damaligen Verhältnisse mit dem heutigen Stand der Wahlrechtsfrage vergleicht. Der kraftvollen Initiative der Arbeiterschaft ist es zu danken, daß die Wahlrechtsfrage in Fluß gekommen ist, daß sie die gesamte innere Politik in Deutschland beherrscht. Und die Tatkraft des Proletariats, die sich der Reaktion und den rückständigen Polizeibütteln zum Trotz das Recht auf die Straße erlämpft hat, bürgt dafür, daß die Wahlrechtsfrage nicht früher zur Ruhe kommt, bis sie in einer eines freien Volkes würdigen Weise gelöst ist. Der hochmütige Junker v. Kröcher, des Dreiklassenparlamentes würdiger Präsident, der noch vor wenigen Jahren der Meinung Ausdruck gab, daß Sozialdemokraten nur Objekte, nie Subjekte der Gesetzgebung sein können, muß sich davor scheiden, daß auch einige wirkliche Volksvertreter an der Gesetzgebung in Preußen mitwirken. Und wenn auch die Stimme des Volkes den Herren von Geldsackgnaden unangenehm in den Ohren gellt, und sie die sozialdemokratischen Abgeordneten am liebsten mundtot machen möchten, es nützt ihnen nichts; der Geist des Fortschritts läßt sich durch Gewaltmittel nicht aufhalten.

Der 1. Mai ist der Tag der Demonstration für den Achtstundentag, für den Arbeiterschutz. Wir halten an diesem Arbeiterfesttag Rückschau auf das Erreichte, und die erzielten Fortschritte sind uns ein Ansporn, weiter zu wirken auf der beschrittenen Bahn. Unser deutscher Holzarbeiterverband hat ganz besondere Anlaß, sich der Errungenschaften auf dem Gebiete der Arbeitszeitverkürzung und der Lohnerhöhung zu freuen. Die große Tarifbewegung, die wir erfolgreich zu Ende geführt haben, ist noch in aller Erinnerung. Wenn sich auch die Gewitterwolken zeitweilig recht drohend zusammenballen, so ist es schließlich doch gelungen, ohne Kampf und ohne erhebliche Geldopfer für tausende unserer Kollegen ganz bedeutende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu erzielen. Dem vorläufigen Ziele der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, der Erringung des Achtstundentages, rücken wir immer näher. Aber noch ist bis zur Erreichung dieser Etappe ein weiter Weg zurückzulegen. Je näher wir dem Ziele kommen, desto größer werden die Hindernisse, die uns das Unternehmertum in den Weg legt. Es waren eine Reihe besonders günstiger Momente, die uns in die Lage versetzten, die schönen Erfolge der diesjährigen Tarifbewegung kampflos zu ernten. Nicht immer werden sich die Tarifkämpfe in den gleichen Formen abspielen. Deshalb gilt es zu rüsten und uns kampfbereit zu halten, damit wir dem großen Entscheidungskampf, der uns noch bevorsteht, in Ruhe entgegenzusehen können.

Wie das Junkertum sich danach sehnt, in dem Blut der Arbeiter zu baden, die für ihre politischen Rechte kämpfen, so wünschen die Unternehmer mit Sehnsucht den Tag herbei, an welchem sie die verhasste Gewerkschafts-

bewegung niederzwingen und den besiegten Arbeitern die Friedensbedingungen diktieren können. Wie krupellos die Scharfmacher vorgehen, wie sie leichten Herzens Tausende von Existenzen vernichten, um ihrem Machtthron zu frönen, das zeigt uns der Kampf im Baugewerbe.

Es läßt sich zwar jetzt schon übersehen, daß die Bauprophen den Zweck, den sie mit dem selbst heraufbeschworenen Machtkampf verfolgen, nicht erreichen werden, trotz der Unterstützung des gesamten Scharfmachertums, deren sie sich erfreuen. Aber die Niesenaussperrung im Baugewerbe ist ein Warnungssignal für die Arbeiterschaft aller Verufe. Ausbau der Organisation muß die Parole lauten. Der Verband muß alle Berufsgruppen umschließen, dann erst besitzen wir die Macht, die den Feinden der Arbeiterschaft den Mut nimmt, ihre Kraft mit uns zu messen. Noch fehlt uns diese Macht; dessen müssen wir uns auch an unserem Festtag erinnern. Der 1. Mai mahnt uns an unsere Pflicht, nicht zu erlahmen in unserer Tätigkeit für die Ausbreitung unseres Verbandes.

Ist der Verband das Mittel, dessen wir uns bedienen, um uns bessere Arbeitsbedingungen, kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne zu erringen, so bedarf es der intensiven Beeinflussung der Gesetzgebung durch die Arbeiterschaft, um zu verhindern, daß nicht durch künstliche Verteuerung der Lebensmittel uns das wieder genommen wird, was wir uns mit Hilfe unserer Gewerkschaft erkämpft hatten. Welch schlimmer Nagenjammer eintritt, wenn sich das Volk im Augenblick der Wahl seiner Vertretung im Kaufzustande befindet, das hat uns die gemeinschaftliche Tätigkeit des gegenwärtigen Reichstages in ausreichendem Maße gezeigt. In der Schröpfung des Volkes hat er außerordentliches geleistet, um so unfruchtbarer war er in sozialpolitischer Beziehung. Und was die im Dienste des arbeitereindlichen Unternehmertums stehende Regierung vom Reichstag noch erwartet, das zeigt das Monstrum der Reichsversicherungso-  
rdnung, das sie ihm unterbreitet hat. „Entrechtung der Arbeiterschaft“, dieses Wort könnte man als Motto dem Gesetzentwurf voransetzen.

In diesem Versuch, die Arbeiterschaft zu entrechteten, zeigt sich wieder, wie tief die Kluft ist, welche die Nation in zwei Lager spaltet. Auf der einen Seite steht die Arbeiterschaft, auf der anderen das Unternehmertum, die Bourgeoisie. Wir haben kein Bedürfnis, den vergeblichen Versuch zu unternehmen, Brücken nach der anderen Seite zu schlagen. Unsere Aufgabe ist es, der Arbeiterschaft die Dinge zu zeigen, wie sie sind, den Schleier zu zerreißen, mit welchem man die Grenzlinie zwischen beiden Lagern verbergen will. Wenn das Proletariat sein Recht erringen will, muß es den Gegner überwältigen. Dazu bedarf es Kraft und Selbstbewußtsein. Diese Eigenschaften wollen wir hegen und pflegen. Nicht wie ein feiger Knecht mit gekrümmtem Rücken soll der Arbeiter dem Unternehmer nahe, stolz und aufrecht soll er ihm entgegenreten. Der 1. Mai ist ein Festtag, den die Arbeiterschaft den feindlichen Gewalten abgetrotzt hat; wir feiern wir im stolzen Bewußtsein der Kraft, die uns als Glieder einer mächtigen Organisation innewohnt. Dieses Stolzgefühl, dieser proletarische Stolz soll jeden einzelnen von uns erfüllen. Jeder Maientag bringt uns unseren Ziele näher. Als kampfesfrohe Streiter, die trotzig und siegesgewiß dem mächtigen Feinde entgegenreten: so feiern wir den 1. Mai!

Es ist eine Kurzsichtigkeit oder Engherzigkeit, wenn mancher warme Freund der Gewerksvereine hofft oder rät, daß die Arbeiterschaft sich von der Betätigung ihrer politischen Interessen abwenden möge. Gerade wie der Kaufmann trotz der Handelskammern, der Handwerker trotz der Innungen nicht aufhören wird, sich auch als solcher politisch zu betätigen, so kann man es billigerweise auch vom Arbeiter nicht verlangen, daß er unpolitisch werde, oder daß er sich den politischen Bestrebungen anderer sozialer Klassen bedingungslos anschließe. Er hat ein Recht auf die tatkräftige Vertretung seiner Interessen im politischen Machtkampfe ebenso wie der Junker, der Bauer. Prof. Werner Sombart, „Demokrat“



### Auch ein Jubiläum.

n. Der Streit unter den katholischen Arbeitern um die richtige Form der gewerkschaftlichen Organisation kann in diesem Jahre sein zehnjähriges Jubiläum feiern. Er begann nach dem zweiten Kongress der christlichen Gewerkschaften (1900, Frankfurt a. M.), wo die Herren Giesberts, Schiffer, Wust usw., die damals noch, unbelastet durch parteiamtliche Würden, so etwas wie ein proletarisches Rückgrat hatten, sich für neutrale, allgemeine Gewerkschaften, zugänglich für jeden Arbeiter ohne Rücksicht auf Partei und Glauben, aussprachen. Kurz darauf kam das Fuldaer Pastorale der preussischen Bischöfe, das die christlichen Gewerkschaften verurteilte und die katholischen Arbeiter hinwies auf die Fachabteilungen in den Konfessionellen, unter geistlicher Leitung stehenden Arbeitervereine als diejenige Organisation, wo sie in Einklang mit den Lehren und Geboten der Kirche ihre wirtschaftlichen Interessen verfolgen könnten. Und nun sonderete sich der Verband katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin) in der Gewerkschaftsfrage ab von dem west- und süddeutschen Arbeitervereinsverbande; die Berliner vertraten die konfessionelle katholische Richtung der christlichen Arbeiterbewegung, sie gründeten Fachabteilungen in den katholischen Arbeitervereinen, im Gegensatz zu den M. Gladbacher, die die interkonfessionellen, christlichen Gewerkschaftsorganisationen befürworteten und für sie in politischer wie in religiöser Hinsicht Selbständigkeit und Unabhängigkeit beanspruchten. Der mit dem Jahre 1900 eingeleitete Streit um die wahre Gewerkschaftsorganisation hat seitdem in ungeminderter, ja im Laufe der Zeit eher zunehmender Erbitterung gekocht. Er ist ausgefochten worden in Wort und in Schrift, in Versammlungen und Zeitungsartikeln, in Flugschriften und Broschüren, mit Schelten und Drohen, mit Schimpfen und Schlagen, mit Bierseideln, Stuhlweiden und anderen mehr oder weniger fühlbaren Veltätigungsarten christlicher Bruderverliebe; die Geistlichen und die Parteien sind in diesen Kampf hineingezogen worden, man hat von beiden Seiten die Bischöfe wie den Papst umschmeichelt und bestürmt, um ein entscheidendes Wort von hoher, höchster und allerhöchster Stelle der Kirche zu ergattern — ohne etwas anderes zu erreichen, als daß die weisen und unfehlbaren Häupter und Oberhäupter der Kirche jedem der beiden Teile, der gerade bei ihnen war, ihres Wohlwollens versicherte und schließlich sich auf den Boden der „Neutralität“ retteten, indem sie versicherten, daß ihnen beide Richtungen gleich lieb und wert seien. Das war gewiß sehr weise, aber unter frommen Leuten pflegt man sich nicht mit gekelter Guld, mit halber Gnade zu begnügen, man geht in der Heberzeugung, daß nur ein Glaube der richtige sein kann, aufs ganze — und so hat denn die bischöfliche und päpstliche „Neutralität“ keineswegs die ungebärdigen Söhne der Kirche, ob sie es nun in der Gewerkschaftsfrage mit dem interkonfessionellen oder dem alleinigen katholischen Christentum halten, beruhigt, der Streit ging weiter und er wird allem Anschein nach wie gegenwärtig das Jubiläum seines ersten, so auch der einst noch das Jubiläum seines zweiten Jahrzehnts erleben dürfen.

Neuerdings löbt zwar, wie schon öfter, wieder einmal der Ruf nach Frieden im Christgewerkschaftlichen Streit. Zunächst hat Kardinal Antonius Fischer von Köln in seinem diesjährigen Pastoralbrief die katholischen Arbeiter ermahnt, alles zu ver-

meiden, was die bestehende Klüft zwischen den beiden Richtungen vergrößern könne. „Wie die Dinge einmal liegen — meint der genannte Kirchenfürst —, ist leider vorderhand an eine Verschmelzung beider Richtungen nicht zu denken. Allein ich frage: was hindert, daß beide Richtungen nebeneinander tätig sind zum Wohle des arbeitenden Volkes? Was hindert namentlich, daß sie alle Befehdungen, alle Verbächtigungen, alle scharfen, harten, verletzenden Wortgrundfänglich ausschließen und verbieten? Ja, was hindert, daß sie sich freundlich gegenüberstehen und gegebenen Falles zusammenwirken im Interesse der gemeinamen guten Sache? Der Zwist hat sich leider in der allerjüngsten Zeit noch immer mehr zugepspigt; ich beklage es auf das tiefste. Gerade die Spaltung auf dem Gebiete der Fürsorge für das arbeitende Volk, dessen Wohl dem Bischöfe besonders nahe liegt, muß das Herz des Oberhirten verwunden, und ich bitte und beschwöre alle, die auf diesem Felde tätig sind, um der Liebe zu unserm arbeitenden Volke willen, sie mögen alle ohne Ausnahme jeglichen Anstoß und jegliche Bitterkeit gewissenhaft vermeiden und Einheit und Frieden wahren. Den Vorteil von solchem Zwiespalt haben nur die hohnlachenden Gegner, die doch beide Teile bekämpfen wollen.“

Der „Holzarbeiter“, das Organ des christlichen Holzarbeiterverbändchens, meint zwar, die erzbischöflichen Ausführungen seien als Ausfluß des priesterlichen Eifers um eine heilige Sache zu begrüßen, aber ein Friede auf Grund des Fortbestehens der katholischen Fachabteilungen sei hoffnungslos; jeder Lohnkampf der christlichen Gewerkschaften werde von den Berlinern als Verstoß gegen ihr Programm erkannt und als Anlaß zur Wiedereröffnung der Feindseligkeiten benützt. Friede werde einmal eintreten — meint das Blatt. „Entweder verschwinden die Fachabteilungen, sei es durch ein Verbot der kirchlichen Instanzen oder durch die Macht der Tatsachen im Wirtschaftsleben, und die gesamte christlich-gesinnte Arbeiterschaft findet sich in den christlichen Gewerkschaften zusammen. Oder aber, der im Hirtenreiben des Kardinals angeregte Friede tritt ein und mit ihm verschwinden christliche Gewerkschaften und katholische Fachabteilungen. Der Friede wird zum Kirchhofsfrieden.“

Das christliche Verbandsblatt knüpft daran die Hoffnung, daß letzteres, d. h. der Friede unter Verschwinden der katholischen Fachabteilungen und der christlichen Gewerkschaften, nicht eintrete. Die Christlichen wissen, weshalb sie nur „hoffen“; sie wissen, daß die katholischen Fachabteilungen an einflussreichen Zentrumsleuten, an einem Teil der deutschen Bischöfe, namentlich auch am Papste eine starke Stütze haben und daß es deshalb nie zu einem Verbot kommen wird; sie wissen auch, daß, solange die katholischen Fachabteilungen der Günst dieser Stellen sicher sind, auch die Macht der Tatsachen ihnen nichts anhaben kann. Die Bischöfe haben sich anderswo, z. B. in Holland, wohl gegen die christlichen Gewerkschaften, nicht aber gegen die katholischen Fachabteilungen gewendet, so daß diese dort siegreich das Feld behaupten. Und in Deutschland haben wie wohl ein Fuldaer Pastorale gegen die christlichen Gewerkschaften, aber keine gegen die katholischen Fachabteilungen, und jenes ist von seinen Urheber bis heute noch nicht zurückgenommen worden, wenn einzelne der hochwürdigsten Herren sich auch veranlaßt gesehen haben, den christlichen Gewerkschaften einigen Balsam auf die empfangenen Wunden zu streuen.

Ein anderer Friedensapostel, Graf Galen, läßt sich zum christlichen Gewerkschaftsstreit in einer süddeutschen Zeitschrift, der ultramontanen „Allgemeinen Arbeiter-Zeitung“ in dem Sinne vernehmen, daß die kirchliche Beförderung beide Organisationen, die katholischen Fachabteilungen und die christlichen Gewerkschaften, zulassen soll; die Bischöfe sollen aber prüfen, ob in dieser oder jener Gegend die eine oder die andere Organisation für die katholischen Arbeiter geeignet ist. Diesen Vorschlag nennt der christliche „Holzarbeiter“ eine Inkonsequenz: entweder seien vom katholischen Standpunkte christliche Gewerkschaften eine erlaubte Organisationsform, dann seien sie allgemein zu gestatten, oder sie seien unerlaubt, dann müßten sie allgemein verworfen werden. Gestatte man aber beide Richtungen, weil sich keine mit den Lehren der Kirche in Widerspruch setze, dann müsse man dem einzelnen katholischen Arbeiter schon selber überlassen, sich zu entscheiden, wo seine wirtschaftlichen Interessen am besten gewahrt würden und wo er sich daher zu organisieren habe. Der Kernpunkt der Streitfrage liegt auf wirtschaftlichem Gebiete, es handle sich um die Wahrung und Förderung der Arbeiterfrage. „Soll Friede werden — so heißt es zum Schluß —, so muß die Erklärung, die katholische Kirche siehe der Arbeiterpolitik der Fachabteilungen ebenso fern, wie der der christlichen Gewerkschaften, noch viel besser unter's Volk. Das weitere wird sich dann von selber finden.“

Diese Forderung klingt beschiedener als die vorhin geäußerte Erwartung, daß die katholischen Fachabteilungen vom Erdboden verschwinden möchten, sei es durch die „Macht der Tatsachen“, sei es durch ein Verbot der Bischöfe. Es genügt den Herren Christlichen, wenn die Kirche erklärt, daß sie den wirtschaftlichen Bestrebungen der beiden Richtungen gleich fern gegenüberstehe. Wir befinden uns nicht in so naher Beziehung zu den Häuptern der katholischen Kirche, aber das glauben wir doch wohl voraussagen zu können, daß weder Papst noch Bischöfe sich auf diese Forderung einlassen. Man lese die ehemals so gepriesene „Arbeiterzeitschrift“ des Papstes Leo XIII.; man lese seine und des folgenden Papstes Kundgebungen über die Arbeiterbewegung und soziale Fragen; man lese das heute noch in Kraft stehende Fuldaer Pastorale der deutschen Bischöfe; überall das laute Bekenntnis, daß der Kirche ein Ausschluß und Einspruchsrecht auch in den wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter zustehe, ein Wächteramt darüber, ob sich die wirtschaftliche Interessenvertretung auch in Einklang befände mit den religiös-sittlichen Lehren der Kirche. Glauben die Herren im Rate der christlichen Gewerkschaften, daß Papst und Bischöfe diese ihre Kundgebungen widerrufen?

Die katholischen Fachabteilungen werden nicht verboten werden; die Kirche wird sich auch nicht des Rechtes begeben, die katholischen Arbeiter in ihren wirtschaftlichen Bestrebungen zu gängeln. Ob und wie sie dieses Recht ausübt, hängt ab von den Umständen, denen sich auch die allmächtige Kirche bisher noch zu fügen gewußt hat. Was sie nicht ändern oder hindern kann, läßt sie laufen, und so wird sie es nach außen auch wohl in der Gewerkschaftsfrage halten. Daß sie im Grunde auf Seiten der rechtgläubigen und folgsamen Fachabteiler steht, bedarf ebensowenig einer Frage, wie daß sie diesen, wenn nicht offen, dann insgeheim den Rücken stärkt. Darum wird es mit dem Frieden im christlichen Gewerkschaftsstreit noch einweilen kein Bewenden haben und der christliche Bruderkrieg wird, wie oben schon gesagt, noch manches Jubiläum feiern können.

### Streiferinnerungen aus den Anfängen der Organisation.

w. Mit dem Abschluß der letzten Tarifbewegung wurde ein neuer Marzstein in der Entwicklungsgeschichte unserer Organisation gesetzt. Wohl hat uns der friedliche Verlauf der Verhandlungen vor einem Krieg bewahrt, der an 40 000 Kollegen vor die Front gerufen hätte, aber wir wären auch nicht verzagt, wenn man uns den Kampf aufgezwungen hätte. Lohnkämpfe mit Zehntausenden von Streikenden sind in der heutigen Gewerkschaftsbewegung nichts Ungewöhnliches. Auch der Holzarbeiterverband hat Millionenstreiks überstanden, ohne an seiner Lebensfähigkeit Schaden zu nehmen.

Welch ein Fortschritt seit den Kinderjahren der Bewegung! Damals erforderte die Zugehörigkeit zur Organisation weit mehr als heute den ganzen Mann. Die selbstlose Opferwilligkeit der ersten Gewerkschaftspioniere, der urwüchsigste Idealismus unter den dünnen Scharen der damaligen Kampfgetreuen wird ein leuchtendes Beispiel noch der entferntesten Zukunft sein. Aber trotz aller Aufopferung der Beteiligten lohnten die Erfolge nur kümmerlich die aufgewendete Mühe. Der glühendste Idealismus wird schließlich am hungernden Magen gebrochen, und die Unmöglichkeit, größere Mittel aufzubringen, mußte notwendigerweise lähmend auf die Tatkraft der Organisation einwirken.

Dazu kamen die verheerenden Wirkungen des Sozialistengesetzes, das anfangs jede gewerkschaftliche Aktion unmöglich machte. Wie die anderen gewerkschaftlichen Zentralorganisationen, die eben erst nach Aufhebung des Koalitionsverbotes in die Mühle geschossen waren, mußte auch der 1876 begründete Tischlerbund sein Dasein ausgeben. Nur an wenigen Stellen konnten lokale Fachvereine unter Preisgabe fast aller gewerkschaftlichen Betätigung eine freudvolle Existenz behaupten.

Die ersten, die unter dem Sozialistengesetz eine Lohnbewegung wagten, waren die Berliner Tischler, die Mitte 1880 für die Forderung einer zehnprozentigen Lohnenerhöhung in den Streik traten. Die Bewegung kostete rund 10 000 M., wovon fast 4000 M. in anderen Orten aufgebracht waren. Die Seele der Bewegung war natürlich der gleichzeitig begründete Fachverein, offiziell aber mußte er

sich von dem Streit fernhalten und öffentlichen Tischlerversammlungen und einer hier gewählten Kommission die Leitung überlassen. Das ganze Organisationsleben jener Zeit tritt in dieser Resolution zutage:

„Die heutige Versammlung des Fachvereins der Tischler erklärt sich mit der jetzigen Bewegung und den daraus erfließenden Folgen einverstanden, glaubt aber im Interesse der Bewegung selbst, sich als Verein nicht daran beteiligen zu können und seine bisherige Neutralität zu bewahren.“

Die maßgebende gewerkschaftliche Organisation als neutrale Macht im Lohnkampf! Nun, es ging schließlich auch so und die Berliner konnten die Bewegung mit gutem Gewinn abschließen.

Die erstarrte Eisdecke des Ausnahmengesetzes konnte nicht verhindern, daß bald hier, bald da gründerne kleine gewerkschaftlicher Organisation hervorprohoben. Anfang 1882 bestanden in rund einem Duzend Orte Tischler-Fachvereine und im Lauf der nächsten Jahre nahm diese Zahl erheblich zu. Ein Unglück war es nur, daß jede Gründung fast immer von der Absicht begleitet war, in aller Kürze einen Lohnkampf zu beginnen. Daß zum Kriegsführen neben der Begeisterung für die Sache auch Geld und nochmals Geld gehört, das ist eine Kernunterschied, die damals nur wenige Anhänger hatte. Mit der primitivsten, eben erst zusammengewürfelten Organisation, fast ohne Vorbereitung und ohne jegliche Geldmittel wurden nicht selten verhängnisvolle Streiks in die Wege geleitet. Man verließ sich eben auf die eigenen Hungerklünste und die Hoffnung, durch Sammellisten in der übrigen Arbeiterschaft die notwendigen Gelder zu bekommen. Bei dem völligen Mangel an Unternehmerorganisationen hatte freilich eine plötzliche Heberumpelung oft den besten Erfolg. Blich dieser aber auf den ersten Ansturm aus, kam es zu längerer Streikdauer, dann wurde die Not erspöckend groß.

Trotz alledem wuchs die Streikbewegung dauernd an. Abgesehen von kleineren partiellen Streiks, kam es zu größeren, mit Arbeitsniederlegung verbundenen Bewegungen im Jahre 1881 in Magdeburg und Stuttgart, 1882 in Mainz und Regensburg und im nächsten Jahre in Dessau, Chemnitz, Frankfurt, Köln, Nürnberg und wiederum in Stuttgart. Insbesondere in der schwäbischen Pfalz wurde der Kampf auf

beiden Seiten mit einer bis dahin unerhörten Heftigkeit geführt und hielt die gesamte Arbeiterschaft in Aufregung. Auf die Arbeitseinstellung bei der Firma Schütte antworteten die vereinigten Möbelfabrikanten mit einer Aus-sperrung von über 700 Arbeitern und suchten in Deutschland, Oesterreich, Frankreich und der Schweiz Streikbrecher anzuwerben. Der Kampf zog sich nahezu drei Monate hin; in Flugblättern, Zeitungsartikeln und Versammlungen bombardierten sich beide Parteien gegenseitig mit den schmeichelhaftesten Liebenswürdigkeiten, und Polizei und Gerichte sorgten mit einer nahezu modernen preussischen Schneidigkeit für die „Ordnung“ unter den Ausgesperrten. Das aber verschaffte diesen gerade erst in der übrigen Arbeiterschaft die Sympathie, die ein Ausgeharen ermöglichte. Aus rund 150 Orten strömten Unterstützungsgelder, insgesamt fast 15 000 M., nach Stuttgart. Der ganze Kampf erforderte über 20 000 M., das war eine, nach damaliger Auffassung, ungeheure Summe.

Der materielle Erfolg für die Arbeiter war nur gering, aber moralisch hatten sie einen glänzenden Sieg errufen. Im Kampf mit den damals geldkräftigsten Unternehmern der deutschen Holzindustrie hatten sie sich monatelang zu behaupten vermocht, und die Organisation war unter der geschickten Leitung von Karl Klotz ungeschwächt aus der Bewegung hervorgegangen. Der stärkste Erfolg lag aber in der Aufrüttelung des Solidaritätsgefühls unter den Berufskollegen der anderen Orte. In den Fachvereinen erkannte man immer klarer, daß das System der lokalen Organisation für größere Kämpfe nicht ausreicht. Diese Erkenntnis war das bedeutungsvollste Ergebnis des Stuttgarter Kampfes. Unter der tatkräftigen Initiative von Klotz tagte im Oktober 1883 in Frankfurt a. M. eine vorbereitende Konferenz und im Dezember zu Mainz ein Kongress der Fachvereine, der den Verband von Vereinen der Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen Deutschlands begründete. Es war eine der ersten gewerkschaftlichen Zentralorganisationen, die sich unter dem Sozialistengesetz zu konstituieren wagten.

Zunächst blieb der Einfluß der Verbandsleitung auf den Gang der Lohnkämpfe noch sehr beschränkt. Und der Grund ist unschwer zu erkennen. Man hatte eine gemeinsame Klasse für die Streikbewegung geschaffen, aber ihr Inhalt war — gährende Leere.



### Warnung vor Zugug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zugug ist fernzuhalten von:

- Zischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Hünsterwalde (Hubert u. Ulrich), Minden i. Westf. (A. Schmidt), Norden i. Ostfriesland, Rabenau (Wachmann), Schweicheln b. Herford, Tegernsee i. Oberbayern, Velgen i. Hann., Wildenhäusen in Oldenburg, Zuffenhausen, Sorgen-Clarus und Montreux (Firma Albert Feld) in der Schweiz.
- Modellschler. Diefeld (W. Witter).
- Korbmachern nach Köpchenroda.
- Drechsler nach Agnetendorf, Stargard i. P. (Mehholz).
- Stablmachern nach Bärlich (Möhndorf u. Co.).
- Stellmachern und Wagenbauern nach Berlin, Charlottenburg (Koswagenfabrik W. Neuschner vormals Kühnlein), Eisenach (Piffinger vorm. Balzer), Seibronn.

### Wir appellieren an das Gewissen der Öffentlichkeit!

Das sind die Schlussworte der „Denkschrift über die Tarifbewegung im deutschen Baugewerbe im Jahre 1910“, welche dieser Tage gemeinsam von den Vorständen der vier beteiligten Bauarbeiterorganisationen, den Verbänden der Maurer, der Zimmerer, der Bauhilfsarbeiter und der christlichen Bauarbeiter herausgegeben wurde. Die Arbeiter können mit gutem Gewissen an die Öffentlichkeit appellieren; sie haben die gewaltige Störung des Wirtschaftslebens, welche die große Bauarbeiterausperrung im Gefolge haben muß, nicht gewollt. Im frivolen Uebermut haben die Unternehmer jeden Versuch einer Verständigung von sich gewiesen; sie wollten die Machtprobe und auf sie fällt die Schuld für alle Folgen.

In durchaus ruhiger, sachlicher Weise schildert die Denkschrift die Entwicklung der Tarifbewegung im Baugewerbe. Nach der letzten Berufs- und Gewerbezählung umfaßt das Baugewerbe 4864 000 Berufszugehörige, es steht damit an erster Stelle aller Berufsgruppen. Sind auch die Maurerei- und Zimmererbetriebe nur ein Teil des ganzen Baugewerbes, so bedeutet doch die Aussperrung ihrer Arbeiter bei längerer Dauer auch zugleich den Stillstand der sogenannten baugewerblichen Nebenbetriebe. Zieht man hierzu die Wirkung, welche die Aussperrung auf weitere Berufe ausübt, dann kann man sich einen Begriff machen von der ungeheuren Verantwortung, welche die Bauunternehmer auf sich geladen haben.

Die Denkschrift erinnert daran, daß die von den Gewerkschaften des Baugewerbes in den neunziger Jahren gemachten Versuche, eine tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen, von den Unternehmern abgelehnt wurden. Dagegen hat man schon damals auf die große Kraftprobe hingearbeitet, die jetzt von den Schaumachern unternommen wurde. Auf der Generalversammlung des Arbeitgeberbundes im Jahre 1899 erlärte der bekannte Bauart Felisch:

„Vorher wir nicht eine große Kraftprobe angestellt haben, werden wir nicht zur Ruhe und zum Frieden gelangen, eine solche Kraftprobe muß angestellt werden. Es muß dahin kommen, daß wir die Arbeiter in großen Bezirken, wenn nicht in ganz Deutschland aussperrern können, damit es mit den ungerechten Anforderungen ein Ende nimmt.“

Dieses Ziel schwebte den Unternehmern offenbar vor, als sie im Gegensatz zu ihrer seitherigen Haltung später großes Interesse für den Abschluß von Tarifverträgen zeigten. Ihr Hauptaugenmerk war darauf gerichtet, den Verträgen einen gleichen Ablauftermin zu geben, und zwar war es der 31. März 1908, an welchem Tage eine große Zahl von Verträgen ablief. Damals schon legten die Unternehmer einen Mustertarif vor, der wesentliche Verschlechterungen enthielt, doch gelang es nach langen Verhandlungen, die durch den Schiedspruch der Herren Brenner, Schulz und Dr. Wiedfeldt beendet wurden, den Frieden zu erhalten. Die anstößigsten Stellen wurden aus dem Mustertarif beseitigt und auch einige Verbesserungen durchgedrückt, durch welche jedoch die berechtigten Wünsche der Arbeiter keineswegs befriedigt wurden. Nur die Ungunst der Konjunktur bewog sie, sich mit dem Erreichsten zufrieden zu geben, wobei sie hofften, daß die Erneuerung der am 31. März 1910 ablaufenden Verträge Gelegenheit geben würde, einen Ausgleich zwischen den stark veränderten Kosten des Lebensunterhalts und dem zurückgebliebenen Lohn herbeizuführen.

Wie diese Hoffnung getäuscht wurde, wie die Taktik der Unternehmer von vornherein darauf gerichtet war, es zum Kampfe zu treiben, wird in der Denkschrift mit aller Deutlichkeit nachgewiesen. Natürlich geben sich die Arbeitgeber große Mühe, der Öffentlichkeit die Ansicht aufzuzwingen, daß die Arbeiter den Kampf verschuldet hätten.

Sie haben in verschiedenen Zeitungen behauptet, die unerfüllbaren Forderungen der Arbeiter machten einen Kampf unumgänglich. Dabei wird auch angeführt, die Arbeiter forderten eine Lohnerhöhung von 10 Pf. pro Stunde. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Arbeiter überhaupt noch keine Lohnforderungen aufgestellt haben. Die Arbeiterschaft steht in diesem Kampfe vollständig in der Verteidigung. Nicht um Forderungen der Arbeiterschaft geht der Kampf, sondern um Forderungen der Arbeitgebererschaft, die in unverföhnlichem Widerspruch stehen mit dem Grundsatz der Parität.

In einem Nachtrag wird noch an der Hand des Protokolls der am 8. April unter dem Vorsitz des Geheimrats Dr. Wiedfeldt geführten Verhandlungen der Nachweis erbracht, daß es die Arbeitgeber waren, die alle Fäden, die der Regierungsvertreter in dankenswerter Weise zwischen den Parteien knüpfen wollte, immer wieder zerrissen, weil sie eben den Frieden nicht wollten. „Wir, die angegriffenen Arbeiter,“ heißt es zum Schluß, „können nichts weiter tun, als uns nach Kräften zu wehren. Und das wird geschehen, obwohl sich unsere Gegner mächtiger Hilfe rühmen. Soll ihnen doch von namhaften Textilindustriellen zugesagt worden sein, daß auch die in den Textilfabriken arbeitenden Frauen ausgesperrter Bauarbeiter für die Dauer der Aussperrung entlassen würden, und eine andere Mitteilung besagt, daß der Zentralverband der Industriellen dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe fünf Millionen Mark als erste Rate zur Unterstützung der Aussperrung zur Verfügung gestellt habe. So also will man die Arbeit und ihr Recht erwürgen. Wir appellieren an das Gewissen der Öffentlichkeit!“

Dieser Appell wird nicht vergeblich verhallen, wenn sich auch die aussperrungswütigen Bauunternehmer mächtiger Hilfe erfreuen. So haben die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände und der Verein der deutschen Arbeitgeberverbände eine Erklärung abgegeben, in der es heißt: Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände, welchem der im Kampfe stehende deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe als Mitglied angehört, und die mit ihm in Kartell stehende Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände erkennen bei aller Wahrung ihrer jeweiligen Grundsätze hinsichtlich der einzelnen Programmpunkte und hinsichtlich der Tarifverträge durchaus an, daß das Vorgehen des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe berechtigt gewesen ist und daß den immer weitergehenden Bestrebungen der Arbeiterorganisationen auch einmal der wirkliche Standpunkt des Arbeitgebers entgegengesetzt werden muß. Die im Kampfe befindlichen Arbeitgeber des Baugewerbes sind demnach der tatkräftigen Unterstützung der übrigen organisierten Arbeitgeber von Industrie und Gewerbe sicher.

Die Bedeutung dieser Kundgebung ist, angesichts der großen Mittel, über welche die genannten Unternehmerorganisationen verfügen, nicht zu unterschätzen. Andererseits hat aber doch die Aussperrung bei weitem nicht den Umfang angenommen, mit welchem anfangs gerechnet wurde. Genaue Zahlen liegen noch nicht vor. Der Vorstand des Arbeitgeberbundes teilt mit, daß nach einer vorläufigen Uebersicht etwa 200 000 Arbeiter ausgesperrt wurden. Inwiefern diese Zahl von der Wahrheit abweicht, bleibt abzuwarten; aber selbst dann, wenn einige Zehntausende zugegeben sein sollten, bleibt der Kampf noch umfangreich genug, um das allgemeine Interesse, das ihm zugewendet wird, zu rechtfertigen. Machen sich doch jetzt schon die Wirkungen der Aussperrung weit über den Kreis der nächstbeteiligten hinaus bemerkbar. Bei unserem Verbandsvorstand sind z. B. schon aus einer sehr erheblichen Zahl von Städten Mitteilungen über die Aussperrung von Holzarbeitern eingegangen, die in Baugeschäften gearbeitet hatten. Diese Aussperrungen werden aller Wahrscheinlichkeit nach einen größeren Umfang annehmen, und voraussichtlich wird die Zahl der arbeitslosen Bautischler bald erheblich anschwellen.

Die Bauunternehmer sind fortgesetzt bemüht, der Öffentlichkeit gegenüber zu beteuern, daß sie nur durch das mangelnde Entgegenkommen der Arbeiter zur Aussperrung gezwungen wurden. Der Arbeitgeberbund hat in diesem Sinne folgende Notiz abgefaßt, in welcher er der Presse von dem Scheitern der unter dem Vorsitz des Geheimrats Dr. Wiedfeldt geführten Verhandlungen Mitteilung machte. Diese Notiz lautete:

„Die vom Reichsamt des Innern am 8. April eingeleiteten Einigungsverhandlungen sind ergebnislos verlaufen, weil die Vertreter der Arbeiterorganisationen auch hier keinerlei Entgegenkommen zeigten.“

Der „Grundstein“ macht nun darauf aufmerksam, daß derselbe Arbeitgeberbund auf die Frage, warum die Verhandlungen gescheitert sind, noch eine andere Antwort gibt, allerdings nicht in der Öffentlichkeit, sondern nur für Eingeweihte. Nämlich:

„Wir haben bei den Verhandlungen am 8. April unter dem Vorsitz des Regierungsvertreters die Frage der Arbeitszeit und unsern Kölner Beschluß dazu nur darum in den Vordergrund geschoben, um eine Klippe zu haben, an der die Verhandlungen scheitern mußten. Das ist uns auch glücklich gelungen!“

Diese Antwort hat der Vorsitzende des „Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten“, der Architekt Friß in Essen, seinen Mitgliedern in der Generalversammlung in der

„Flora“ in Düsseldorf am 9. April gegeben. Wenn man also noch einmal die Frage aufwirft, warum die Einigung gescheitert sei, so wird man danach wissen, wie die Antwort zu lauten hat.

Von neuen Versuchen, Verhandlungen auf zentraler Grundlage anzuknüpfen, ist vorläufig noch nicht die Rede, doch ist es in Berlin gelungen, die Tarifverhandlungen durch einen vom Einigungsamt des Gewerbegerichts gefällten Schiedspruch zu beenden, durch welchen den Bauarbeitern aller Kategorien ab 18. August 1910 eine Lohnerhöhung von 8 Pf. und ab 1. Oktober 1911 eine solche von 2 Pf. pro Stunde zugesprochen wird; für die Einschaler betragen die Lohnerhöhungen 6 und 2 1/2 Pf. Damit wird die Aussperrung auch in Berlin vermieden. Auch in einer Anzahl anderer Orte ist es zu einer Verständigung gekommen, und in vielen Städten, wo die Aussperrung in Szene gesetzt wurde, ist sie nur unvollständig erfolgt. Bei der Unmenge von Einzelnachrichten in der Tagespresse ist es schwer, einen Ueberblick über den Gesamtstand der Bewegung zu gewinnen. Nur so viel ist gewiß, daß die Aussperrung zwar weit davon entfernt ist, eine allgemeine zu sein, aber ihr Umfang ist immerhin so bedeutend, daß eine Beilegung des Kampfes im öffentlichen Interesse auf das dringendste gewünscht werden muß.

Bei der Haltung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe ist allerdings mit einer längeren Dauer des Kampfes zu rechnen. Wenn die Herren jedoch hoffen, die Arbeiter durch Hunger mürbe zu machen, um ihnen die unverschämten Bedingungen aufzwingen zu können, die sie aufgestellt haben, dann irren sie. Ein Friede auf der vom Arbeitgeberbund vorgezeichneten Basis ist unmöglich. Haben die Unternehmerorganisationen den Bauunternehmern ihre Unterstützung zugesagt, so können sich die ausgesperrten Bauarbeiter auf die Solidarität der gesamten Arbeiterschaft verlassen, die unbeschadet aller sonstigen Meinungsverschiedenheiten geschlossen hinter ihnen steht. Diese Interessensolidarität, die im Bedarfsfall auch durch die Tat bewiesen werden wird, bürgt dafür, daß die Bauarbeiter den ihnen aufgezwungenen Kampf zu einem guten Ende führen werden.

### Stimmen zum Verbandstag.

In Garburg hat die Mitgliederversammlung am 19. April beschlossen, sich der in Nr. 17 der „Solgarbeiter-Zeitung“ abgedruckten Resolution Hamburg — Dauernd 60 Pf. pro Mitglied und Woche an die Verbandskasse abzuführen — anzuschließen! Bravo!

Die Frage der Staffelbeiträge bedarf einer ausgiebigen Erörterung, noch ehe der Verbandstag zusammentritt. Jedenfalls hat die Konferenz des Erfurter Gaus bewiesen, daß die Mitglieder trotz der Drohschreie des Hauptvorstandes Anhänger von Staffelbeiträgen sind. Der Vorstand hat in seiner Drohschreie die Einnahmen und Ausgaben des Schuhmacherverbandes untersucht und ist zu dem Resultat gekommen, daß die obere Klasse wohl das Unberühmbare an Beiträgen aufbringt, aber das Dreifache an Unterstützung bezieht. Gätte der Vorstand eine ähnliche Untersuchung in unserem Verbandsverbande vorgenommen, so hätte er gefunden, daß es bei uns nicht besser ist, obwohl wir keine Beitragsklassen haben.

Ich habe versucht, festzustellen, in welchem Verhältnis die Größe der Zahlstelle und der wöchentliche Durchschnittsverdienst zu der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung steht. Das Resultat war für mich so überraschend, daß ich von der Notwendigkeit der Staffelbeiträge überzeugt bin. Ich habe alle Zahlstellen mit über 500 Mitgliedern zusammengestellt und gefunden, daß in diesen Orten an Arbeitslosen- und Krankenunterstützung pro Mitglied im Jahre 1908 rund 13 Mk. gezahlt worden sind. Ich wollte nun alle Zahlstellen unter 100 Mitgliedern untersuchen, da mir aber hierzu nicht die genügende Zeit zur Verfügung stand, beschränkte ich mich auf den Erfurter Gau. Ich fand da, daß in allen Zahlstellen des Gaus unter 100 Mitgliedern rund 7,5 Mk. an Arbeitslosen- und Krankenunterstützung bezahlt wurde. Der Gesamtdurchschnitt im Verband beträgt 10,71 Mk. Schöneberg mit dem höchsten Durchschnittsverdienst von 88,97 Mk. pro Woche erhielt pro Mitglied im Durchschnitt 19,88 Mk., Plegenhals mit dem niedrigsten Verdienst von 13 Mk. pro Woche erhielt hingegen etwas über 3 Mk. pro Mitglied. So kann man alle Zahlstellen der Reihe nach hernehmen und immer finden man, daß die Orte mit dem höchsten Durchschnittsverdienst die höchste Unterstützung bezogen haben. Daraus ergibt sich, daß die schlechter entlohneten Kollegen in den kleinen Orten für die besser entlohneten in den großen Städten die Beiträge für genannte Unterstützungen aufbringen müssen. Ich habe absichtlich bei meinen Untersuchungen die Streikunterstützung weggelassen, weil ich mit dem Vorstande der Meinung bin, daß die höhere Streikunterstützung in den großen Orten auch für die Kollegen in den kleinen Orten von Vorteil ist. Anders aber bei der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. Da muß dahin gewirkt werden, daß nicht die schlecht entlohneten Kollegen den besser entlohneten die Summen zu den Unterstützungen aufbringen müssen. Nun ist zu untersuchen, auf welche Weise sich das durchführen ließe. Ich bin bei meinen statistischen Untersuchungen zu dem Resultat gekommen, Staffelbeiträge einzuführen, und zwar nach Gefahrenlassen.

Die Orte sollen in die Beitragsklassen so eingereiht werden, wie die Gefahr besteht, daß die Mitglieder arbeitslos oder krank werden. Hierzu gehört weiter kein Apparat, auch sind damit keine sonstigen Schwierigkeiten verbunden. Der Vorstand stellt ja sowieso jedes Jahr die Abrechnung zusammen, und da ergibt sich, wie hoch die bezogene Arbeitslosen- und Krankenunterstützung bei jeder Zahlstelle ist und danach werden sie in vielleicht drei Klassen eingeteilt. Es könnten da die gezahlten Unter-



Stellungen von 1907, 1908 und 1909 genommen und daraus der Durchschnittsbeitrag berechnet werden. Die Zuweisung in die Beitragsklassen könnte so erfolgen, daß alles, was unter dem Durchschnitt bleibt, in die niedrigste, der Durchschnitt in die mittlere und über dem Durchschnitt in die höchste Beitragsklasse eingeteilt wird. Dabei wird sich zeigen, daß je größer der Ort und meistens auch der Durchschnittslohn ist, auch die empfangene Unterstützung eine höhere ist. Es ist möglich, daß, wenn die Statistik für den ganzen Verband vorliegt, einige Ausnahmen vorkommen. Ungerechtigkeiten und Unebenheiten werden bei jeder Beitragsart vorkommen, und am allermeisten bei Einheitsbeiträgen. Die Hauptsache aber ist für mich, wie man in der Verteilung der Beiträge der Gerechtigkeit am nächsten kommt.

Gegen meinen Vorschlag könnte eingewendet werden, es kann doch vorkommen, daß Orte mit schlechtem Verdienst in einem Jahre viel Unterstützungen erhalten haben und dann auch in eine höhere Beitragsklasse kommen müßten. Darauf kann ich erwidern, daß ich keinen solchen Ort gefunden habe. Es wird wohl auch nicht vorkommen, da gewöhnlich immer nur eine Unterstützung, entweder die Kranken- oder Arbeitslosenunterstützung, über die gewöhnliche Höhe hinausgeht und die eine Unterstützung gewissermaßen als Regulator wirkt. Dann könnten aber auch immer drei Jahre zusammengerechnet werden, und da ist es ganz ausgeschlossen, daß das vorkommen könnte. Ein anderer Einwand, daß ein Ort bald in diese, bald in jene Beitragsklasse kommen könnte, ist völlig nebensächlich, wenn alle zwei oder drei Jahre die Beitragsklassen neu geregelt werden. Auch dann würde sich dieses nur auf wenig Orte beschränken, da nur diese Orte in eine andere Beitragsklasse kommen würden, welche vorher an die anderen Klassen gränzten. Mit diesem System der Gefahrenklassen ließe sich auch mit Sicherheit im voraus bestimmen, welchen Effekt eine Beitragsänderung für die Hauptklasse hat, man braucht also nicht etwas zu beschließen, über dessen finanziellen Erfolg man im Unwissen ist. Vielleicht untersucht der Hauptvorstand diese Frage noch statisch. Ich erlaube auch den Vorstand, im Jahrbuch bei den Ausgaben der Zahlstellen noch eine Rubrik hinzuzufügen, nämlich, wieviel Unterstützung in jeder Zahlstelle auf jedes Mitglied kommt.

Otto Dreßler, Jena.

Es handelt sich bei der jetzigen Diskussion darum, wie die notwendige Stärkung unserer Verbandskasse am besten erfolgen kann, ohne daß unser Verband Schaden leidet. Nun mögen ja die Kollegen eine ganz gute Absicht verfolgen, die für Staffelung der Beiträge eintreten. Aber ich habe bis jetzt noch keinen der vorgeschlagenen Wege für richtig befinden können. Es wird auch viel über den Idealismus unserer Kollegen gesprochen, indem gesagt wird, die besser entlohnten Kollegen sollen einen höheren Beitrag bezahlen, ohne dafür eine höhere Unterstützung zu bekommen. Wenn das so ginge, hätte man ja nichts dagegen einzuwenden. Aber leider liegen die Dinge in Wirklichkeit nicht so. Es mag einen Teil unserer Kollegen geben, die so selbstlos sind. Aber jedenfalls würden die Bladereien der einzelnen Lokalverwaltungen mit den Kollegen überhaupt nicht aufhören. Jedenfalls erkenne ich die Schwierigkeiten, die der Hauptvorstand in seiner Broschüre geschildert hat, an. Unsere Organisation würde überhaupt niemals über die Beitragsfrage zur Ruhe kommen, wenn man dazu übergeht, Staffelleistungen einzuführen. Den Kollegen in den kleineren und mittleren Zahlstellen würde bald die Lust vergehen, die Verbandsgeschäfte so zu führen, wie es unbedingt notwendig wäre. Noch viel öfter würden die Verwaltungsmitglieder zu hören bekommen, ich scheide aus, gerade weil das System der Staffelleistungen ungerecht erscheint.

Ich kann mich aus diesem Grunde nicht für Staffelleistungen erklären. So gut ich es auch verstehen kann, daß es den Kollegen mit einem Wochenverdienst von 10 bis 15 Mk. schwer wird, einen Beitrag von 50 Pf. geschweige denn 60 Pf. zu zahlen.

Kollegen! Schimpfen wir nicht immer bei einer jeden Beitragserhöhung auf unseren Hauptvorstand. Derselbe wäre sicher mit keiner Beitragserhöhung gekommen, wenn nicht die Notwendigkeit vorgelegen hätte. Auch das System der Extrabeiträge muß aufhören, da es nicht mehr zeitgemäß ist und auch schädigend auf unseren Mitgliederbestand wirkt. Ich möchte nun empfehlen, zu dem Antrag des Hauptvorstandes hinzuzutreten, nicht bloß in schlecht entlohnten Bezirken von einer Beitragserhöhung abzutreten, sondern alle die Kollegen zu berücksichtigen, die nachweislich einen Lohn von 16-17 Mk. pro Woche verdienen. Allerdings nur so lange, bis für diese Kollegen bessere Lohnverhältnisse erzielt sind. Möge nun der Verbandstag beschließen, wie er will, das eine steht fest, daß unsere Organisation trotzdem wachsen und vorwärts schreiten wird.

Rich. Schill, Rathenow.

Daß wir mit einer Beitragserhöhung zum Münchener Verbandstag zu rechnen hatten, war wohl sämtlichen Kollegen klar. Nur wird es sich auch auf unserem Verbandstage darum handeln, ob dem vom Verbandsvorstand gestellten Antrag oder den Staffelleistungen zuzustimmen ist. Nun mögen wohl die Gründe unserer schlecht entlohnten Kollegen, die Staffelleistungen befürworten, einestheils berechtigt sein, aber sind denn nicht dieselben Kollegen, sobald der Ruf nach Extrabeiträgen an sie erging, stets ihrer Pflicht nachgekommen? Um diese Extrabeiträge immer mehr zu verdrängen, dazu soll ja der Extrabeitrag des Verbandsvorstandes dienen. Anders in den Großstädten, wo Kollegen der verschiedenartigsten Branchen sesshaft sind. Dem Verbandsvorstand dürfte nicht unbekannt sein, daß die Befürworter der Extrabeiträge bei verschiedenen Branchen, die nicht der Möbelindustrie angehören, auf sehr starken Widerstand stießen, weil diese Kollegen eher für einen Einheitsbeitrag zu haben sind. Unter diesen Berufsgruppen sind auch die Modellfischer und vor allem die unter dem Schloßhüter stehenden Bezirksräte zu rechnen. Wohl sind deren Gründe: "Für uns wird nichts getan" berechtigt und man muß es genug den Kopf schütteln über die Laune unseres Verbandes. An Bewegungen und Streiks ist für diese Kollegen kaum zu denken. Aus diesen Gründen hat

sich die Hamburger Modellfischer-Sektion dahin verständigt, daß sie wohl für die Bewilligung der Beitragserhöhung ist, aber zugleich an den Vorstand appelliert, daß auch etwas für uns getan werden muß. Daß ja nun mit den Werkzeuggewerlichen und sonstigen Eisenindustriellen nicht so umspringen, ist auch jedem Kollegen klar. Um einen Kampf mit ihnen zu führen, bedarf es einer gut disziplinierten Arbeiterschaft und vor allem wiederum einer gestärkten Kassenkasse. Aus diesen Erwägungen heraus werden die Kollegen für einen Einheitsbeitrag zu haben sein, wenn auch für sie endlich einmal das verdamnte Uebel des Werkzeuggewerlichen in Trümmern geht.

Ein größeres Augenmerk muß auf die Jugendorganisation gerichtet werden. Durch eine besondere Beitragsklasse müßte das Hindernis hinweggeräumt werden, damit wir die Jugend gleich für uns gewinnen. Es könnte dann durch die Jugendausschüsse bei weitem mehr geleistet werden für unsere Jugend wie bisher. Außerdem müßten sich die Kollegen angelegen sein lassen, die Lehrlinge auch praktisch an ihre Arbeit zu halten und zu tüchtigen Kollegen heranzubilden. Tun die Kollegen in der Werkstelle auch in dieser Frage ihre Pflicht, so wird ihnen und unserer Organisation gebiet sein. Auch für das Herbergswesen sollte mehr getan werden, da dasselbe noch sehr im argen liegt. Gaben auch viele Großstädte gute Einrichtungen geschaffen, so bedarf es doch aber vielfach noch der Besserung. Es wäre sehr wünschenswert, wenn sich die Kollegen allerorts auch mit dieser Frage befassen würden. Wird diese letztere Frage mehr berücksichtigt, so wird auch den jungen reisenden Kollegen die Notwendigkeit starrer Klassenverhältnisse klar werden und sie werden sich mit mehr Eifer und Opferwilligkeit an der Fortentwicklung unserer Organisation beteiligen und beitragen zu einer gründlichen Stärkung unseres Kampffonds.

Ludwig Rentner, Hamburg.

Jeder denkende Kollege wird sich darüber klar sein, daß es notwendig ist, der Verbandskasse mehr Geld zuzuführen. Ob uns aber die einheitliche Erhöhung des Beitrags auf 60 Pf. ermöglichen wird, überläßt unsere Mitgliederzahl zu erhalten und zu stärken, möchte ich bezweifeln. Ich war schon des öfteren in Gutenberg. Dort sind circa 60 bis 70 Drechsler und Schreiner beschäftigt, es ist mir aber noch nie gelungen, diese Leute für uns zu gewinnen. Sie zeigen Interesse an der Sache, kommen auch in unsere Versammlungen; sie verlangen von uns, doch recht oft zu ihnen zu kommen. Sie würden sich auch recht gern aufnehmen lassen, wenn es ihnen nur möglich wäre, einen Beitrag von 50 Pf. zu erschwingen. Tatsächlich werden auch dort noch Löhne von 2 Mk. bis 2,50 Mk. bezahlt, ja sogar Löhne von 1,50 bis 1,80 Mk. kommen vor. Ist es uns nicht möglich, mit einem Beitrag von 50 Pf. dort Fuß zu fassen, so ist es mit 60 Pf. vollständig ausgeschlossen. Wie es hier liegt, wird es wohl auch in vielen anderen Orten sein, deshalb meine ich, daß es besser wäre, wenn Staffelleistungen eingeführt werden. Eine niedere Beitragsklasse einzuführen, ist schon deshalb notwendig, weil wir sonst diesen Leuten die Möglichkeit nehmen, sich zu organisieren und ihre traurige Lage zu verbessern. Es kommt vielfach vor, daß in diesen Gegenden sich die Leute viel eher der politischen Organisation anschließen als uns. Man ersieht also schon hieraus, daß sie bestrebt sind, sich empor zu raffen. Die Einführung von Staffelleistungen ist der gangbarste und sicherste Weg, die Solzarbeiter der schlecht entlohnenden Gegenden für uns zu gewinnen. Die größeren Orte werden auch ein großes Interesse daran haben, daß man in diese dunklen Orte eindringt, sind diese doch die Herde der Schmuckkonturen. Die technischen Schwierigkeiten der Staffelleistungen sind bei einigem guten Willen zu überwinden; auch halte ich unsere Zahlstellenassistenten für intelligent genug, auch mit Staffelleistungen eine Abrechnung fertig zu stellen. Auf dem Gantag in Stuttgart hat Kollege Schönenberger-Schwennigen den Vorschlag gemacht, den Beitrag auf 50 Pf. zu belassen, dagegen die 20 Proz. welche der Lokalkasse zufallen, auf 10 Proz. zu reduzieren. Er meinte, das wäre leichter durchführbar, als den Beitrag auf 60 Pf. zu erhöhen. Dieser Vorschlag ist gar nicht so von der Hand zu weisen und kann dem Verbandstage nur empfohlen werden. Wenn die Staffelleistungen abgelehnt werden, würde dieses der gangbarste Weg sein.

Karl Dreßler, Kirchheim-Teck.

Es wird wohl jedem einleuchten, daß der Verbandskasse neue Einnahmen zugeführt werden müssen, aber das Wie ist der strittige Punkt. Wenn auch wohl die Mehrheit für den Einheitsbeitrag ist, wird doch auch eine zu beachtende Minderheit für Staffelung der Beiträge sein. In den meisten kleinen Zahlstellen und den Gegenden, wo die Lohnverhältnisse noch viel zu wünschen übrig lassen, wird durch den Einheitsbeitrag, wenn vielleicht auch kein Mitgliederrückgang zu verzeichnen sein wird, doch die Agitation bedeutend erschwert werden. Eine Staffelung der Beiträge, ohne Erhöhung der Unterstützungsätze, wäre für die kleinen Zahlstellen vielleicht ein gutes Agitationsmittel. Wenn von den Gantagen und den besser entlohnenden Kollegen bisher die Staffelleistungen abgelehnt worden sind, so ist dies sehr bedauerlich. Denn diese Kollegen haben doch durch den Verband und mit Hilfe der schlecht entlohnenden Kollegen ihre Lebenslage verbessert; folglich wäre es ihre Pflicht, von ihrem größeren Verdienst auch höhere Beiträge zu leisten. Hauptächlich die Großstädte sind es, die dadurch sich verbessert haben. Auch in bezug auf Unterstützung sind es die Großstädte, die bedeutend mehr brauchen wie die kleinen. Bei einer Mitgliederzahl von 70 betrug die Arbeitslosenunterstützung in Hameln 1907: 41,70 Mk., 1908: 43 Mk., 1909: 90,70 Mk. Der Klassenbericht der Zahlstelle Hannover für das Jahr 1909 weist bei einem Mitgliederbestande von rund 2800 eine Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung aus der Hauptkasse von 18515,57 Mk. aus. In Hannover kommt auf das Mitglied pro Jahr eine Ausgabe von rund 7 Mk., auf Hameln 1,25 Mk. Da von dem Beitrag 10 Pf. für Arbeitslosenunterstützung gerechnet werden, so ergibt sich daraus, daß Hannover Zuschuß haben muß, während Hameln zuschießt.

Wie es hier ist, wird es wohl auch noch in anderen Städten sein. Wenn der Vorstand als Gegner von Staffelleistungen dies berücksichtigt, so muß er sich sagen, daß dies doch nicht gerecht ist. Er gibt ja selber in seiner Denkschrift zu, daß der Einheitsbeitrag Ungleichheiten schafft, und sein hauptsächlichster Grund gegen Staffelleistungen sind die verwaltungstechnischen Schwierigkeiten. Bleibt man eine Parallele zwischen Einheits- oder Staffelleistungen, so kommt man zu dem Schluß, daß der Staffelleistungen dem Einheitsbeitrag vorzuziehen ist, indem die Ungleichheiten, wenn auch nicht ganz beseitigt, doch bedeutend gemildert werden.

J. Gröger, Hameln.

Aus dem jetzt gepflogenen Meinungsaustrausch ist zu ersehen, daß sich auch die wirtschaftlich schlecht gestellten Kollegen der Einsicht nicht verschließen, daß zu den zukünftigen Bewegungen noch viel größere finanzielle Mittel vorhanden sein müssen wie früher. Aber der Antrag, den Beitrag einheitlich zu erhöhen, das ist es eben, was das Verlangen nach einer Staffelung hervorgerufen hat. Der Hauptvorstand führt ins Feld, wir hätten schon Staffelleistungen in Gestalt von hohen Lokalkassen. Das ist aber meiner Ansicht nach nicht stichhaltig, weil der Hauptkasse doch nur 40 Pf. zufließen und die hohen Beiträge nur in Form von Unterstützungen Verwendung finden. Auch der Metallarbeiterverband kann uns nicht als Beispiel dienen, weil er prozentual noch viel schlechter organisiert ist als die Solzarbeiter, obwohl die Agitation in den Eisenbetrieben viel leichter betrieben werden kann als bei den Solzarbeitern. Wenn behauptet wird, durch Beitragserhöhungen hätten wir Zustrom oder doch wenigstens keine Verluste zu verzeichnen gehabt, dann soll der Hauptvorstand einmal eine Statistik unter den schlecht entlohnenden Kollegen vornehmen, dann wird er sehen, daß die Zahl der Organisierten in diesen Bezirken seit 1906 stark zurückgegangen ist. Auch wir schlecht entlohnenden Kollegen haben ein Recht darauf, Berücksichtigung zu finden. Auch ist die Rede davon, daß der Hauptvorstand Ausnahmen gewähren kann; aber nach meiner Ansicht wird die Zahl der Gesuche so groß werden, daß der Vorstand nicht allen entsprechen wird können. Von dem Gros der Mitglieder in den Großstädten ist es sehr angebracht, einen Beitrag von 70 Pf. zu erheben, aber für die Kollegen, die unter 20 Mk. verdienen, sollte der 50 Pf.-Beitrag bestehen bleiben. Auf diesem Wege würde unsere Agitation in Zukunft keinen Schaden erleiden.

Sebastian Schroll, Säger, Bruchsal.

In Nr. 14 unseres Verbandsorgans spricht sich der Kollege Schur-Angermünde für eine Erhöhung der Reiseunterstützung aus. Wenn ich auch nicht in allen Punkten mit dem Kollegen übereinstimme, so doch darin, daß die heutige Berechnung der Reiseunterstützung nach zurückgelegten Kilometern nicht ausreicht, die notwendigen Bedürfnisse eines reisenden Kollegen zu bestreuen. Denn wenn man berechnet, 25 Kilometer werden ausbezahlt; davon sind, was in den meisten Orten der Fall ist, 40-50 Pf. für Schlafen zu entrichten, bleiben also im Höchstfalle noch 90 Pf. zum täglichen Leben. Und was damit anzufangen ist, wird sich doch ein jeder denken können. Die Kollegen gehen zu den Meistern nach Arbeit anfragen, um schließlich auf diese Art noch ein paar Pfennige zusammenzubringen. Es kommen hierdurch viele Kollegen in Werkstellen hinein, ohne den Ort bestellenden Arbeitsnachweis zu benutzen. Um dieser Unsitte entgegenzutreten, könnte man die Reiseunterstützung in der Weise erhöhen, daß man dieselbe tageweise festsetzt, und zwar in der Höhe von 1,25 Mk. pro Tag, unter Beibehaltung der jetzigen Höchstgrenze. Am letzten Tag würde ja dann natürlich nur noch ein Rest bleiben, aber man würde manchem Kollegen dazu verhelfen, ein menschenwürdiges Dasein zu führen, und die Arbeitsnachweise würden hierdurch auch mehr gehoben, da das leidige Umschauen denn auch nachlassen würde. Möge der Verbandstag in München in diesem Sinne beschließen.

Ernst Heinrichs, Steffelsdorf i. Sa.

Obwohl auf unserem diesjährigen Verbandstage die Beitragsfrage den wichtigsten Punkt bilden wird, werden auch andere Fragen angeschnitten werden müssen. So z. B. die Kampfestatt in den Waggonfabriken. Fast alljährlich entspinnen sich in diesem Industriezweig recht umfangreiche Kämpfe resp. Lohnbewegungen, die aber fast durchgängig mit ganz minimalen Erfolgen zum Abschluß gebracht werden, trotzdem sie dem Verbands ganz ansehnliche Kosten verursachen. Die Kampfestatt in den Waggonfabriken wird sich in Zukunft nicht so weiterführen lassen. Den Kollegen einer einzelnen Waggonfabrik ist es heute nicht mehr möglich, ihre Lohnbewegungen so durchzuführen, wie es eigentlich notwendig wäre. Ein treffendes Beispiel dafür liefert der schwere Gothaer Kampf im Jahre 1908. Trotzdem hier die besten Aussichten bei Beginn des Kampfes vorhanden waren, war das Ende ein unbefriedigendes. Dasselbe Bild wiederholte sich in Bayreuth, obwohl dort ganz besondere Umstände in Betracht gezogen werden müssen. Doch bieten uns noch andere Orte, wie z. B. Weimar, Dessau, Wismar usw., Gelegenheit, dies zu konstatieren. Es ist ohnehin schon schwer, in einer Waggonfabrik überhaupt in eine Bewegung einzutreten; hier kommt aber noch hinzu, daß in diesem Industriezweig ausschließlich nach Kommissionen gearbeitet wird. Auf diese Weise fällt es den betreffenden Firmen nicht schwer, ihre Arbeiter nach anderen Fabriken zu vergeben, und es kann der Fall eintreten, daß unsere eigenen Verbandskollegen Streikarbeit anfertigen, ohne etwas davon zu wissen. Aber noch eine ganze Reihe anderer Fragen bleiben zu berücksichtigen, so auch das Akkordsystem. Hier herrschen bedeutende Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Arbeitsniederlegung, und müßte unbedingt einmal Klarheit geschaffen werden. Ich bin der Meinung, daß man eine bessere Konjunktur abwarten, dann aber mit der Akkordarbeit in den Waggonfabriken ein Ende machen sollte, abgesehen von einigen Ausnahmen. Jedenfalls ist es wichtig, die Frage der Tarife zu erwägen. Wenn wir uns mit Tarifen beschäftigen wollen, können nicht Akkordtarife, sondern nur Lohnstarife in Frage kommen.



Die Abforddifferenzen, die seit einigen Jahren in den einzelnen Waggonfabriken ununterbrochen bestehen, würden auf diese Weise aus der Welt geschafft sein. Man wird einwenden, daß das unmöglich ist, aber ich meine, was in anderen Industriezweigen und Berufen möglich ist, muß auch in den Waggonfabriken durchführbar sein. Der Waghener Kampf entstand gewissermaßen wegen der Reduzierung der Abforddlöhne. Bekanntlich hatte der sächsische Staat sogenannte Notstandsarbeiten vergeben. Ich bin nun der Meinung, daß ein Staat nicht Notstandsarbeiten vergibt, um den Aktionären die Taschen zu füllen, sondern die durch die unwürdige Produktionsweise herbeigeführte Arbeitslosigkeit im Volke zu lindern. Nicht nur, daß das in Waghener der Fall war, sondern fast alle Aufträge in den Waggonfabriken werden heute zu Notstandsarbeiten gestempelt. Daß auf diese Weise die in den Waggonfabriken beschäftigten Kollegen fortwährend in Differenzen stehen, ist nur zu erklärlich. Auch hierin müßte einmal Wandel geschaffen werden. Das könnte meiner Meinung nach in Form einer Petition an den Reichstag geschehen. So gibt es in der Waggonindustrie noch unzählige Fragen, die wohl zu erwägen wären.

Emil Winkler, Stellmacher, Halle a. S.

### Gautag in Stettin.

Am 3. und 4. April tagte in Stettin die Konferenz des Stettiner Gaus. Vertreten waren 88 Bahnhöfe durch 42 Delegierte. Der Hauptvorstand war durch Kollegen Schneegäß vertreten. Der Bericht über die Tätigkeit in der verflochtenen Geschäftsperiode erstattete Gauvorsteher Kollege Falkenberg. Trotz der wirtschaftlichen Depression, welche auch über die östlichen Teile Deutschlands lagerte, ist es vorwärts gegangen. Die Mitgliederzahl stieg von 2816 am Schlusse des Jahres 1907 auf 3204 am Jahreschlusse 1908. Da die Arbeitgeber die Zeit des schlechten Geschäftsganges nur zu gern benützen, um die Lohnverhältnisse zu verschlechtern, waren die Kollegen in verschiedenen Bahnhöfen gezwungen, ziemlich harte Kämpfe zu bestehen. So mußten die Fischer in Swinemünde 17 Wochen und die Normmacher in Loitz 21 Wochen auf dem Pflaster liegen, um Verschlechterungen abzuwehren. Geling das auch nicht vollständig, so mußten die Arbeitgeber doch auch ein gut Teil zurückstufen. Daß das Arbeitsverhältnis auch in diesem Gau immer stabilere Formen annimmt, beweist der Umstand, daß zurzeit 22 Tarifverträge bestehen.

Nach lebhafter Debatte, in welcher die Tätigkeit des Gauvorstandes Anerkennung fand, erhielt Kollege Schneegäß das Wort zu seinem Vortrag über: „Unsere Tarifbewegung.“ Nach ausgiebiger Diskussion wurde ein Antrag auf Einführung von Staffelförderung gegen 4 Stimmen verworfen und dem Antrage des Hauptvorstandes zugestimmt mit dem Zusatz, daß Bahnhöfe mit sehr zurückgebliebenen Verhältnissen vorläufig davon befreit würden.

Zum 3. Punkte der Tagesordnung: „Der Verbandstag in München“ referierte Kollege Mose-Stettin. Er führte die Bedeutung der Verbandstage den Delegierten vor Augen und kam dann zur Besprechung der Anträge zum Verbandstage, welche der Gaukonferenz vorlagen. Der Referent empfahl die Ablehnung sämtlicher Anträge, welche eine Erhöhung der bestehenden Unterhaltungsätze bezweckten, weil dadurch die Erhöhung des Beitrages zwecks Stärkung des Kampffonds wieder illusorisch werde. Die Konferenz verwarf dem Vorschlage gemäß. Angenommen wurde nur der Antrag des Hauptvorstandes, welcher die staffelförmige Erhöhung des Streitgelbes nach der Mitgliedschaftsdauer vorsieht. Ferner wurde ein Antrag angenommen, welcher bei der Zusammenberufung der Kommissionen der Verbandstage die kleinen Bahnhöfe mehr berücksichtigt wissen möchte. Ebenso auch ein Antrag, wonach bei künftigen Statistiken die Berichtarbeiter gesondert geführt werden. Schließlich fand ein Antrag Zustimmung, welcher die Kosten der Delegation zu den Gaukonferenzen der Verbandsklasse aufzulegen wußte. Nachdem als nächster Tagungsort Stettin bestimmt wurde, erfolgte Schluß der in allen Teilen interessant verlaufenen Tagung.

### Gautag in Breslau.

Die vierte Konferenz unseres Gaus wurde am 27. und 28. März im Gewerkschaftshause in Breslau abgehalten. 89 Bahnhöfe entsandten 54 Delegierte. Die Orte Friedland, Gleiwitz, Bissa i. P., Neusalz und Schildberg waren nicht vertreten. Als Vertreter des Vorstandes war Kollege W. Kayser-Werlin anwesend.

Zu dem gedruckt vorliegenden Bericht bemerkt der Gauvorsteher Kollege Dietrich, daß die Tätigkeit des Gauvorstandes unter dem Zeichen einer miserablen wirtschaftlichen Konjunktur gestanden habe. Wenn die Mitgliederzahl trotzdem von 6670 auf 6962 gestiegen sei, sich also um 292 vermehrt habe, so kann dieses Resultat Befriedigung nicht auslösen, zumal wenn man bedenkt, daß damit der höchste Stand vom Jahre 1906 mit 7100 Mitgliedern noch nicht wieder erreicht sei. Die Agitation erstreckte sich auf 808 Ortsbesuche und 73 Orte; damit verbunden waren 670 Versammlungen. Neugegründet wurden die Bahnhöfe D. Lissa, Gutzrau, Kreuzburg, Abbnitz, Schildberg i. P., Erdmannsdorf und Gabelschwert, während Wilsfeldorf und Rabitz eingegangen sind. Das Schicksal der Bahnhöfe Wilsfeldorf, die durch das denunziatorische Verhalten der dortigen Kirche Anfang 1908 aufgelöst werden mußte, wird noch als bekannt vorausgesetzt. Der Umfang der Lohnbewegungen war kein geringerer als der der anderen Verbandsperioden. Für einen großen Teil unserer Bahnhöfe ist es gelungen, Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Wenn hierbei von den Kollegen Rücksichtnahmen verlangt wurden, insofern, daß es zum Teil auch ohne Streit gehen mußte, so ist doch zu konstatieren, daß die Kollegen dadurch nicht zu kurz gekommen sind. Wenn man mit dieser Taktik in einzelnen Orten auf Widerstand gestoßen ist, ist das ein Beweis dafür, daß sich die Kollegen über das Mittel Streit nicht immer recht im Klaren befinden. Die verloren gegangenen Streiks in Friedland und Wlogau reden jedenfalls eine recht deutliche Sprache. Die Abrechnung balanciert in Einnahme und

Ausgabe mit 18 527,08 M. In seinem Bericht über Revisionen streift Medner die Unterschlagungen in Stegitz und Pörsberg.

Die Diskussion dreht sich zunächst um die Frage, ob in bezug auf Agitation für Oberschlesien zu wenig oder genug getan worden sei. Eine ganze Reihe anderer Orte erklären, daß auch bei ihnen noch eine große Menge Arbeit zu leisten sei. Während Oberschlesien die Agitation mittels Werkstättenversammlungen bevorzugt, hat man in anderen Orten durch Hausagitation gute Erfolge erzielt. Uebereinstimmend wird die Tätigkeit des Gauvorstandes gerühmt, aber gleichzeitig betont, daß er außerordentlich überlastet sei. Der Antrag des Gauvorstandes: „In den zweiten Gauvorsteher anzustellen“ wird deshalb einstimmig angenommen. Ein Antrag Posen: „Die geschaffene Lokalbeamtenstelle ganz auf die Hauptkasse zu übernehmen“ wird ebenfalls angenommen.

Zum Punkte 2 der Tagesordnung gibt Kollege Kayser, die geschichtliche Entwicklung unserer Tarifbewegung skizziert, ein Bild der letzten großen Bewegung. In der Debatte wird über die zukünftige Gestaltung des Reichstarifs und der technischen Schwierigkeiten bezüglich der Branden diskutiert. Von einigen Mitgliedern wird daran gewinkt, daß bei dem kommenden Reichstarif der Kampfscharakter gesichert sei; der Streit müsse nach den Ausführungen einzelner Delegierten, ohne Rücksicht auf den eventuellen Erfolg, hochgehalten werden. Der Wert zentraler Verhandlungen wird von den ober-schlesischen Vertretern direkt in Frage gestellt, während z. B. die Diegnitzer Vertreter, um bessere Verhältnisse zu schaffen, sie wünschen. Auch über die Abschaffung der Abforddarbeit findet eine Klärung der Meinungen statt.

Hierauf erörtert Kollege Kayser in einem zweiten Referat die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge und bespricht eingehend die notwendigerweise sich ergebenden Schwierigkeiten bei Einführung von Staffelförderung. Die Diskussion über diesen Punkt war eine ausgiebige. Fast alle Medner erkannten prinzipiell an, daß eine Verbesserung der Finanzen im Interesse des Verbandes liege. Die meisten Medner erklärten aber, daß sie gegen eine Erhöhung stimmen müßten, einmal, weil ihre Mitglieder in Folge geringen Einkommens nicht mehr wie bisher zahlen könnten, zum andern aber, weil die Erhöhung der Beiträge die so dringend notwendige Agitation unter den noch unorganisierten über die Hälfte erschweren würde. Einige Delegierten sind dagegen, weil die mit der Erhöhung der Beiträge Hand in Hand gehende Erhöhung der Streitunterstützung doch wieder nur den großen Bahnhöfen zugute kommen würde. Dem hielten andere entgegen, daß der Vorstand dann doch viel besser in der Lage sei, die zurückgebliebenen Orte nachzuholen. Ein Teil der Delegierten wünschte lieber Herabsetzung der Lokalassistenten, während andere der Meinung Ausdruck gaben, daß in dem Ausmaße der technischen Schwierigkeiten übertrieben worden sei und die Staffelförderung sich bei einigermaßen gutem Willen doch durchführen lassen würde. Schließlich wird aber der Antrag des Vorstandes mit folgendem Zusatz: „Einzelne Bahnhöfe oder Branchen mit außerordentlich schlechten Erwerbsverhältnissen werden auf ihren Antrag und nach Befürwortung des Gauvorstandes von dieser Beitragserhöhung ganz oder zur Hälfte so lange entbunden, bis sich die Arbeitsbedingungen gebessert haben“ mit 29 gegen 20 Stimmen angenommen.

Folgende Anträge finden noch Annahme: In dem Jahre, in welchem 53 Wochen sind, den 53. Beitrag zu entrichten. — Dem § 12 Abs. b, folgenden Zusatz zu geben: „oder wenn eine Reduzierung der Arbeitszeit unter zwei Drittel der normalen Arbeitszeit eintritt und dieser Zustand länger als vier Wochen dauert.“ — Kollegen, welche 30 Jahre Mitglied sind, und das 60. Lebensjahr überschritten haben, zahlen die Hälfte des Beitrages. — Die Reiseunterstützung nur noch nach Tagen auszusprechen, und zwar pro Tag eine Mark. — Im § 47 in Abs. 1 hinter dem Wort Arbeitsunfähigkeit die weiteren Worte zu streichen und dafür zu setzen: „sofern die Meldung innerhalb sechs Tagen an der dafür bestimmten Stelle erfolgt ist.“ — Dem § 57 eine genauere Fassung zu geben. — Die Quartalsabrechnungen der Hauptkasse sind in Pestform herauszugeben. — Dem § 84 einen neuen Satz hinzuzufügen: „Die Kosten für die Delegierten der Gaukonferenz trägt die Gaukasse.“ — Die Familienunterstützung für Abgereiste soll im Statut vermerkt werden.

In einer Flugblattdebatte beim letzten Punkte der Tagesordnung wünscht Kollege Kayser, daß alle gegnerischen Flugblätter in einem Exemplar auch der Redaktion eingesandt werden möchten.

Nach einem kurzen Schlusswort des Gauvorstandes hatte die Konferenz nach 9 Uhr abends ihr Ende gefunden.

### Gautag in Erfurt.

Am 27. März 1910 fand der Gautag statt. 60 Bahnhöfe des Gaus hatten sich durch 87 Delegierte vertreten lassen. Die Leitung lag in den Händen der Kollegen Güth und März-Gotha. Der Bericht des Gauvorstandes lag verteilungsbereit vor. Die Berichterstattung über die Tätigkeit des Gauvorstandes gab der Gauvorsteher Güth.

In den beiden Berichtsjahren fanden statt 408 Versammlungen, 87 Revisionen, 204 Ortsbesuche wegen Lohnbewegungen und 17mal mußten Streitigkeiten geregelt werden. In Orten, in denen wir Bahnhöfe noch nicht haben, fanden ferner noch 100 Versammlungen statt. Ganz besonders ließ sich der Gauvorstand die Hausagitation angelegen sein. Es fanden in 78 Orten 80mal Hausagitationen statt. Neue Bahnhöfe wurden in den Orten Blauenburg, Fehrenbach, Friedrichroda, Gräsinau, Neuenbau, Osheim, Oberneubrunn, Schloßheim gegründet. Eingegangen ist die Bahnhöfe Gießfeld. Die Mitgliederzahl ist in den beiden Jahren nur um 55 gestiegen. Es muß jedoch berücksichtigt werden, daß die Krise die Zahl der Mitglieder im 4. Quartal 1908 auf 4530 herabsinken ließ. Jetzt sind 5005 Mitglieder im Gau. Aufgenommen wurden in den beiden Jahren 3008 Mitglieder. Im Gau ist noch ein großes Feld zu bearbeiten. Nach einer vorgeschlagenen Fählung sind 13 700 Holzarbeiter im Gau. Darunter allerdings ein großer Teil Heimarbeiter, welche unter den ärmlichsten Verhältnissen leben. Ueber die Tätigkeit des Gau-

vorstandes entstand eine Diskussion nicht. Im allgemeinen war man zufrieden. Auch über den Massenbericht wurde nichts bemerkt.

Hierauf ergriff der Vertreter des Vorstandes, der Kollege Papp, das Wort zu seinem Vortrag über: „Die Tarifbewegung und die Beitragsfrage.“ Die Ausführungen des Kollegen Papp, welcher früher im Gau Gauvorsteher war, wurden aufmerksam verfolgt. Die Diskussion in der Nachmittags Sitzung drehte sich in der Hauptsache um die Beitragsfrage. Zu der Sache selbst sprachen 23 Medner aus den verschiedenen Bahnhöfen. Nur wenige sprachen sich gegen eine Erhöhung des Beitrages aus. Im allgemeinen wurde immer wieder betont, daß eine Stärkung der Verbandskasse unter allen Umständen notwendig sei. Jedoch waren die meisten der Medner der Meinung, daß mit Rücksicht auf die kleinen und rückständigen Verhältnisse und um die Agitation nicht zu unterbinden, Staffelförderung einzuführen seien. In den rückständigen Gegenden sei mit einem 60 Pf.-Beitrag schwer zu agitieren.

Bei der namentlichen Abstimmung waren 70 Kollegen für Einführung von Staffelförderung, 17 dagegen. Es wurde dann folgende Resolution angenommen:

„Der Erfurter Gautag spricht sich im Prinzip für Einführung von Staffelförderung aus, erklärt aber einstimmig, daß eine Stärkung der Hauptkasse unbedingt notwendig sei. Der Gautag erwartet daher von den Delegierten der einzelnen Bahnhöfe, vor der Abstimmung über die Beitragsfrage den Mitgliedern bei der Berichterstattung über den Gautag die Erhöhung des Kampffonds gehörig nahezu legen.“

Es wurde dann noch ein Antrag einstimmig angenommen, daß die Urabstimmung erst nach dem Verbandstag stattfinden solle, nachdem derselbe die Einführung der Staffelförderung diskutiert hat. Ein Antrag Gotha, welcher seine Staffelförderung der Streitunterstützung will, wird gleichfalls angenommen. Desgleichen kommt noch ein Antrag zur Annahme, welcher alle, invalide Kollegen vom Beitrag befreit will. — Nach einem freudig aufgenommenen Hoch auf den Verband wird der Gautag geschlossen.

### Gautag in Magdeburg.

Am 8. April tagte in Magdeburg im „Sachsenhof“ die Konferenz des Magdeburger Gaus. Anwesend waren 48 Delegierte aus 80 Bahnhöfen mit 4788 Mitgliedern, sämtliche Mitglieder des Gauvorstandes und als Vertreter des Hauptvorstandes Kollege König. Nicht vertreten waren 6 Bahnhöfe mit 1808 Mitgliedern, darunter Braunschweig als vornehmlichste mit 1170 Mitgliedern. Braunschweig folgte damit seiner bisher schon des öfteren gepflogenen Tradition, während für die 5 übrigen kleinen Bahnhöfe Sparmaßregeln maßgebend waren.

Nach dem Berichte des Gauvorstandes Bauer war der agitatorische Erfolg während der letzten zwei Jahre die Gründung der Bahnhöfe Stettin und Oterburg, so daß jetzt 83 Bahnhöfe dem Gau angehören, und die Erhöhung der Mitgliederzahl von 6677 auf 6998 bis zum Schlusse des 3. Quartals 1909. Der Gau bildet jetzt ein fast völlig abgeschlossenes Agitationsgebiet, so daß mit Ausnahme bei den Schiffbauern in den kleinen Elb- und Saaleorten und am Blauer Kanal die weiteren Erfolge hauptsächlich von den bestehenden Bahnhöfen aus bewirkt werden müssen. Die Agitation der Christen, Kirch-Dundersteden und Gelben ist namentlich von Seiten der erstgenannten durch ihre Sekretäre in Goslar, Helmstedt und Stendal nachhaltig zu betreiben versucht worden, sogar im Falle Goslar mit dem verwerflichsten Mittel des Streikbruchs, aber Erfolg hat ihnen so wenig geblüht, wie den anderen beiden Arbeiterorganisationen, trotzdem auch die Kirche in Magdeburg daselbst elende Mittel anzuwenden willens waren.

Die Krise zeigte in bezug auf die Lohnbewegungen nach zweierlei Richtungen hin ihre Wirkung: Gemindert und verschärft. Wenn aus dem Grunde der Geschäftsstockung die Lohnbewegungen eine Einschränkung erfuhren, so daß 1908 nur 10 079,79 M. von der Verbandskasse an Streitunterstützung im Gau gezahlt wurden, so beanspruchten die Streiks, die im Interesse der Tarifbewegung geführt werden mußten, desto größere Mittel. Zwei solcher Streiks im vorigen Jahre, die in Helmstedt und Magdeburg, verursachten der Verbandskasse allein eine Ausgabe von rund 110 000 M. Trotz alledem, momentlich mit Rücksicht auf die mit diesen Bewegungen für die jüngste Tarifbewegung geleistete Vorarbeit, kann wohl behauptet werden, daß der Erfolg die Opfer gelohnt hat. Der in bezug auf die von den Normmacherkollegen bei ihren Lohnbewegungen beanspruchten Sonderstellung darf allerdings zukünftig nicht mehr Rechnung getragen werden. Die Unstimmigkeit darüber übertrug sich auch auf die Diskussion über die Geschäftsführung des Gauvorstandes. Wenn aber, wie betont wurde, Wohlwollen von beiden Seiten nicht beansprucht noch gewährt wird, sondern nur das Pflichtbewußtsein entscheidend sein darf, dann wird darin die Wirksamkeit für die zukünftigen Erfolge liegen. Der Massenbericht weist in Einnahme und Ausgabe 10 467,75 M. auf, bei einem Massenbestande von 152,83 M.

Zu den Punkten „Unsere Tarifbewegung“ und „Der Verbandstag in München“ hielt Kollege König ein instruktives und heilsam aufgenommenes Referat. In der Diskussion wurde von keinem Delegierten die Notwendigkeit der Beschaffung größerer Mittel für die Verbandskasse in Abrede gestellt, die Meinungsverschiedenheiten drehten sich nur um die Zweckmäßigkeit der Massenbeiträge (hierbei wieder, ob freiwillige oder obligatorische) und des Einheitsbeitrages. In Anbetracht der technischen Schwierigkeiten bei Einführung von Staffelförderung und des ungenügenden finanziellen Ergebnisses derselben entschied sich die Gaukonferenz mit 80 gegen 14 Stimmen für Annahme des Vorschlages des Vorstandes auf Erhöhung des Beitrages auf 60 Pf. Weiblich wurde jedoch, daß vorläufig Ausnahmen bezüglich der leistungsunfähigeren Bahnhöfen gemacht werden müßten.

Die übrigen zum Beschluß gelangten Anträge betrafen Statutenänderungen weniger einschneidender Art und eine neue Regelung der Delegiertenwahlen zu den zukünftigen Gaukonferenzen.



### Soziales.

Aus dem Reichstag.

Der wichtigste Beratungsgegenstand des am 12. April nach seiner Osterpause wieder zusammengetretenen Reichstages war die erste Lesung der Reichsversicherungsordnung, die vom 18. bis 20. April andauerte. In Anbetracht der ungeheuren Wichtigkeit des umfangreichen Gesetzentwurfes kann man nicht gerade sagen, daß die dreitägige Debatte einen besonderen Zeltaufwand bedeute. Trotzdem eine ganze Reihe Redner zum Wort kam, läßt sich nicht behaupten, daß das Thema vollständig erschöpft wäre. Auf die einleitende Rede durch einen Regierungsvertreter mußte das Haus selber verzichten. Der Staatssekretär des Innern, zu dessen Ressort die Materie gehört, hatte sich durch Krankheit entschuldigen lassen und der Reichstagskanzler glänzte, wie gewöhnlich bei den Reichstagsverhandlungen, durch Abwesenheit. Ansonsten ist ihm der Gegenstand nicht wichtig genug, als daß er es für notwendig befunden hätte, ihm ein wenig von seiner kostbaren Zeit zu widmen.

Der Geheimrat Caspar, der als Regierungskommissar zweimal zu kurzen Bemerkungen das Wort nahm, delitierte seine Befriedigung darüber aus, daß die Redner sich im allgemeinen zustimmend zu der Vorlage ausgesprochen hätten. Diese Worte verraten einen weitgehenden Optimismus; tatsächlich sind nämlich die Grundgedanken des Entwurfs einer recht scharfen Kritik unterworfen worden. Und wenn das Ergebnis der ersten Lesung einen Schluß auf die schließliche Gestaltung des Entwurfs zuläßt, dann darf man sagen, daß der Hauptzweck, den die Regierung mit dem Entwurf verfolgt, die Entrechtung der Arbeiter in den Krankenkassen, nicht erreicht werden wird. Zwar haben sich Konservative und Nationalliberale für die Halbierung der Beiträge erklärt, aber diese Parteien haben nicht die Mehrheit. Uebrigens scheinen auch bei diesen Parteien noch einige Bedenken zu bestehen, allerdings nicht sowohl wegen der Entrechtung der Arbeiter, als wegen der Mehrbelastung der Unternehmer, die durch die Halbierung der Krankenkassenbeiträge eintreten würde. Das Zentrum hat sich mit ziemlicher Schärfe gegen die Beitragshalbung ausgesprochen. Es ist ja zu hoffen, daß diese Gegnerschaft bis zur dritten Lesung anhält, bei der bekannten Wandelbarkeit der ausschlaggebenden Partei muß man sich allerdings auf alle Eventualitäten gefaßt machen.

Mit der Einbeziehung der Landarbeiter in die Krankenversicherung scheinen sich die Agrarier notgedrungen abgefunden zu haben, dagegen wurde von den Sozialdemokraten und auch von den Fortschrittlichen sehr nachdrücklich darauf hingewiesen, daß man den Landkranken die Selbstverwaltung vorenthalten will. Auch der Widerspruch wurde kritisiert, der in der Konserbierung der Betriebs- und Innungskrankenkassen liegt, während doch das Interesse der Arbeiter eine weitgehende Zentralisierung der Krankenkassen erfordert hätte. Um eine gründliche Reform der dringend verbesserungsbedürftigen Unfallversicherung ist die Regierung, um den Unternehmern nicht wehe zu tun, vorsichtig herumgegangen; dafür hat sie den an sich durchaus richtigen Gedanken einer Fürsorge für die Arbeiterwitwen und -Waisen in einer Form serviert, die nur Spott erregen kann. Die Unterstützungsfälle sind so niedrig und ihre Erlangung ist an so schwierige Voraussetzungen geknüpft, daß die ganze Hinterbliebenenversicherung lediglich dekorativen Wert besitzt. Der Entwurf ist schließlich an eine Kommission verwiesen, die auch während der Vertagung des Reichstages den Sommer hindurch beisammen bleiben soll, so daß im Herbst mit der zweiten Lesung im Plenum begonnen werden kann. Ob es möglich werden wird, diesem Gesetzgebungswerk eine befriedigende Gestalt zu geben, ist noch sehr zweifelhaft. Der Entwurf befriedigt niemanden. Alle Interessenten protestieren dagegen. Einen Ausweg aus dem Widerstreit der Interessen zu finden, dürfte recht schwer werden. Jedenfalls werden die Vertreter der Arbeiter alle Aufmerksamkeit darauf verwenden müssen, daß nicht der Ausgleich, wozu bei der Regierung und den bürgerlichen Parteien ohnehin viel Neigung besteht, auf Kosten der Versicherten erfolgt.

Von den sonstigen Arbeiten des Reichstages ist zu erwähnen der Gesetzentwurf zur Ausführung der Berner Uebereinkunft. Es handelt sich hierbei um internationale Vereinbarungen zum Schutze des Urheberrechts, die sich durch die Verbreitung der Kinetographen notwendig machten. — Zur Entlastung des Reichsgerichts hat die Regierung eine Vorlage angebracht, durch welche die Möglichkeit, Urteile auf dem Wege der Revision anzufechten, eingeschränkt wird und Maßnahmen getroffen werden, welche es den Parteien erschweren, im Zivilprozeß die höchste Instanz anzurufen. Dieser Entwurf wurde an eine besondere Kommission verwiesen. — Der Handelsvertrag mit Schweden, der am Ende dieses Jahres abläuft, ohne daß ein neuer Vertrag abgeschlossen wäre, wurde bis zum 1. Dezember 1911 verlängert.

Zu einer kleinen Fleischnotdebatte gab eine Petition der Berliner Fleischerinnung auf gänzliche Aufhebung oder Herabsetzung der Viehzölle Veranlassung. Natürlich wurde diese Petition von der agrarischen Mehrheit des Reichstages, die es nicht wünscht, daß dem Volke billige Fleischnahrung gewährt wird, durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Mehr Gegenliebe fand dagegen eine Petition der Wäckerinnung „Germania“, die eine härtere Schikantierung der Konsumvereine

forderte; für solche reaktionären Pläne zeigt die Mehrheit des Reichstages immer Verständnis. Sie beschloß, die Petition dem Reichskanzler als Material zu überweisen.

Bei den Zolltarifdebatten im Jahre 1902 haben es die Agrarier durchgesetzt, daß eingeführte Gerste zu verschiedenen Sähen verzollt wird, je nachdem, ob es sich um Brau- oder um Futtergerste handelt. Da es jedoch in der Praxis nicht möglich ist, einen Unterschied festzustellen, hat der Bundesrat verfügt, daß Futtergerste denaturiert wird. Das geschieht durch Färben mit einem roten Farbstoff, Cochin. Diese Färbung hat verschiedene Nachteile gezeitigt. Es hat sich gezeigt, daß das Cochin für das damit gefütterte Vieh gesundheitsschädlich ist. Dazu bringt die Färbung für die Transporteure und Müller schwere Nachteile, da die elektrisierende Farbe der Cochingerste sich ihren Transportmitteln und Geräten mitteilt und diese für eine anderweitige Verwendung erst nach umständlichen Reinigungsarbeiten brauchbar macht. Die Aufhebung der Cochin-Färbung wurde deshalb durch eine von der fortschrittlichen Volkspartei eingebrachte Resolution verlangt, die zugleich mit einer auf das gleiche Ziel gerichteten Petition der Interessenten zur Beratung gestellt wurde. Die Regierung sowohl als auch die Agrarier erwiesen sich aber den vorgebrachten Gründen gegenüber als unzugänglich. Es bleibt bei der Cochin-Färbung.

Durch das Wertzuwachssteuergesetz, welches die Regierung eingebracht hat, ist für einen, bei der Beratung der Finanzreform ausgesprochenen Wünsche des Reichstages nachgekommen. Durch diese Steuer soll von dem, bei dem Verlauf von Grundstücken in Erscheinung tretenden Wertzuwachs eine nach der Höhe dieses Zuwachses abgestufte Steuer erhoben werden, von welcher 50 Proz. dem Reich, 10 Proz. dem Staat und 40 Proz. der Gemeinde zufließen sollen. Die Vorlage, die einen gefunden Kern enthält, wurde einer Kommission überwiesen. Auch der Entwurf einer neuen Fernsprechnetzordnung wurde nach Beendigung der ersten Lesung einer Kommission überwiesen. Dieser Entwurf hat in den Handelskreisen mit Recht die lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen. In seinem Streben, die Ueberschüsse seines Ressorts zu vergrößern, ist der Staatssekretär des Reichspostamtes auf eine Idee verfallen, die geradezu verkehrshemmend wird. Er will die Kaufschlüssel für die Telephonbenutzung gänzlich beseitigen und dafür ausschließlich Gesprächsgebühren einführen. Die Sätze sind dabei so hoch gegriffen, daß dadurch notwendig eine starke Einschränkung in der Benutzung dieses heute für die weitesten Kreise unentbehrlichen Verkehrsmittels eintreten muß. Das ist Herr Kräfte, in vollständiger Verkennung der Aufgaben des Leiters eines Verkehrs-Instituts, auch erreichen. Ob es gelingen wird, dieses Attentat auf den Verkehr abzuschlagen, bleibt abzuwarten.

Der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ in Hamburg, die nach dem Warenumsatz und der Mitgliederzahl größte und bedeutendste Konsumentenorganisation Norddeutschlands, erstattet einen interessanten Bericht über das am 31. Dezember 1909 abgeschlossene 11. Geschäftsjahr. Trotz der im Anfang des Jahres noch vorherrschenden gedrückten Geschäftslage vermehrte sich der Umsatz stark. Während im Jahre 1908 für 8.041.755,82 Mk. Waren an die Mitglieder verabsolgt wurde, stieg der Umsatz im Berichtsjahre auf 10.045.930,34 Mk. Die Mitgliederzahl weist ebenfalls gegen das Vorjahr die beträchtliche Zunahme von 6777 auf und beträgt am Jahresabschluss 41.875. Entgegen der sonst in den Konsumvereinen üblichen Gepflogenheit erhalten die Mitglieder die sogenannte Dividende am Jahresabschluss nicht in bar ausbezahlt. Für jedes Mitglied wird vielmehr ein sogenanntes Notfondskonto eingerichtet. Diesem Konto wird die dem einzelnen Mitgliede nach Maßgabe seines Einkaufes zuzehende Rückvergütung, in diesem Jahre einschließlich Rabatt 5 Proz., gutgebracht, bis die Summe von 100 Mk. erreicht ist. Aus diesem, ihrem Notfondskonto, können die Mitglieder in Notfällen Waren oder bares Geld entnehmen.

Neu errichtet wurden im letzten Jahre 5 Läden und unterhält der Verein jetzt 70 Verkaufsstellen und zwar 60 Verkaufsstellen für Kolonialwaren, 12 Schlächtereien, 3 Brot- und 1 Gemüseläden. Eine Anzahl neuer Verkaufsstellen ist bereits gemietet und harret der bevorstehenden Eröffnung. Bemerkenswert ist, daß der Durchschnittsumsatz pro tausendes Mitglied von 337 Mk. auf 358 Mk. gestiegen ist. Die Sparabteilung der Genossenschaft verzinst Einlagen von Mitgliedern und Nichtmitgliedern mit dem seit Errichtung dieser Abteilung feststehenden Zinsfuß von 3 1/2 Prozent. Belegt sind in der Sparkasse von 12.080 Sparern insgesamt 4.361.080,80 Mk. Die Spargelder finden vorwiegend in den eigenen Grundstücken sichere Anlage.

Bekanntlich betreibt die Genossenschaft auch eine umfangreiche Eigenproduktion, wie Wäckerlei, Schlächtereien, Mineralwasserfabrikation, Kaffeerösterei, Klempnerei, Tischlerei und Reparaturwerkstätten. Die in den Eigenbetrieben der Genossenschaft hergestellten Waren betragen 40 Proz. des Gesamtumsatzes. Der Fuhrpark setzt sich zusammen aus 25 Brot- und Lastwagen, 29 Pferden und 7 Lastautomobilen. Als Bauverein hat die Genossenschaft ebenfalls Erfolge aufzuweisen und besitzt jetzt außer den umfangreichen Betriebsgebäuden 50 Wohnhäuser mit 540 Wohnungen. Der Personalbestand hat sich gegen das Vorjahr um 98 Personen vermehrt und werden insgesamt 686 Personen beschäftigt. Mit sämtlichen in Betracht kommenden Gewerkschaften sind Tarife vereinbart, nach welchen sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse regeln. Die Bilanz balanzierte in Aktiva und Passiva mit 8.613.929,22 Mk.

Jeder unbefangene Beobachter, ob Freund oder Gegner der Konsumgenossenschaften, muß anerkennen, daß die „Produktion“ nicht nur überraschende Fortschritte gemacht hat, sondern daß dies große wirtschaftliche Unternehmen auch auf durchaus sicherer und solider Grundlage ruht.

Das Zentralarbeitssekretariat im Jahre 1909. Der große Wert, der dem von der Generalkommission eingerichteten Zentralarbeitssekretariat innewohnt, geht deutlich aus der steigenden Inanspruchnahme dieser Einrichtung hervor. Während ihm im Jahre 1908 erst 638 Streitigkeiten überwiesen wurden, stieg diese Zahl seither von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1907 waren es 1852, 1908: 1774 und 1909 war die Zahl auf 2170 angewachsen. Hierzu kamen 555 unerledigte Streitigkeiten aus früheren Jahren, so daß insgesamt 2725 Sachen zu bearbeiten waren, von welchen aber nur 1701 durch Urteil des Reichsversicherungsamtes, der Schiedsgerichte oder der Oberschiedsrichter der preussischen Knappschaftskassen erledigt wurden. Von diesen erledigten Streitigkeiten betrafen 1552 Ansprüche auf Unfallrente, 153 Invalidenansprüche und 20 Ansprüche auf Knappschaftsrente. Mit der Wahrnehmung dieser Rentenstreitigkeiten ist aber die Tätigkeit des Sekretariats nicht erschöpft. Dazu kommt noch eine ziemlich umfangreiche und ebenfalls ständig zunehmende Auskunftsverteilung. Außer zahlreichen mündlichen Auskünften, die nicht registriert werden, wurde in 903 Fällen schriftliche Auskunft erteilt.

Von den erledigten 1522 Unfallrentenansprüchen lautete in 510 Fällen die Entscheidung zugunsten des Verletzten, in 714 Fällen zu dessen Ungunsten; 10 Fälle wurden durch Vergleich erledigt. In 6 Fällen hat die Berufsgenossenschaft die Verurteilung zurückgezogen; in 40 Fällen erfolgte die Zurücknahme durch den Verletzten auf den Rat des Sekretariats. Wegen völliger Ausschlußlosigkeit des Anspruchs hat das Sekretariat die Vertretung in 280 Fällen abgelehnt. In 115 Fällen wurde den Verletzten die Rücküberstattung der Kosten im Betrage von insgesamt 1606 Mk. gewährt.

Für die Verfolgung der Invalidenrentenansprüche der Bergarbeiter ist durch die preussische Berggesetznovelle eine neue Einrichtung geschaffen: das Oberschiedsgericht in Knappschaftsangelegenheiten, welches als Revisionsinstanz für die Urteile der Schiedsgerichte der Knappschaftsvereine gilt. Vor diesem Oberschiedsgericht hatte das Sekretariat 20 Sachen zu erledigen, von welchen 13 zugunsten der Versicherten entschieden wurden. In 2 Fällen wurde den Versicherten die Rente zuerkannt, in einem Fall wurde die Sache an das Schiedsgericht zurückverwiesen und zwei Ansprüche wurden vom Knappschaftsverein nachträglich anerkannt. Außerdem wurden 150 Invalidenstreitigkeiten vor dem Reichsversicherungsamt zur Entscheidung gebracht. Hieron wurden 68 Revisionen der Versicherten abgewiesen; in 20 Fällen erfolgte Zurückverweisung an das Schiedsgericht und in 6 Fällen wurde den Versicherten die Rente zugesprochen. Von den Revisionen der Landesversicherungsanstalten wurden 11 zugunsten der Versicherten durch Zurückverweisung der Revision entschieden; in 16 Fällen erfolgte die Zurückverweisung an das Schiedsgericht, in 6 Fällen wurde die Rente wieder aufgehoben und in einem Falle erfolgte Kürzung der Rente. Die Vertretung von 31 Revisionen mußte das Sekretariat ablehnen, da ein Revisionsgrund nicht erhoben werden konnte.

Der Bericht des Zentralarbeitssekretariats erwähnt zum Schluß die im Jahre 1909 erfolgten Wahlen zur unteren Verwaltungsbehörde. Da diese Wahlen von den Vorständen der Krankenkassen und den Gemeindebehörden vollzogen werden, kommt eine öffentliche Propaganda für sie nicht in Betracht. Zur Anleitung für die Wahl wurde vom Zentralarbeitssekretariat eine Broschüre verfaßt, die über die Aufgaben der Arbeitervertretung in der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung eine kürzere Darstellung gab und auch den Wahlmodus erklärte. Die Broschüre ist an alle Gewerkschaftskartellen in mehreren Exemplaren verteilt und in einem Aufschreiben auf die Bedeutung der Wahl hingewiesen. Leider sind die Vorbereitungen zu der Wahl nicht in allen Bezirken mit dem erforderlichen Eifer betrieben worden, so daß verschiedentlich der Erfolg ausblieb. Den Gewerkschaftskartellen wird der Vorwurf gemacht, daß sie sich vielfach viel zu wenig um die Krankenkassen und ihre Verwaltung bemühten; es wäre sonst in manchen Bezirken ein größerer Einfluß der organisierten Arbeiter möglich, als es bisher in Erscheinung trat. Hoffentlich findet diese Mahnung die erforderliche Beachtung.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalarbeitersbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in diesen Zahlstellen ab 1. April beträgt in Bremerhaven 80 Pf., Briel 60 Pf., Cuxhaven 70 Pf., Czerst 60 Pf., Fische 60 Pf., Fürstenberg 70 Pf., Fürth 60 Pf., Greifenhagen 60 Pf., Herzberg 60 Pf., Lindow 60 Pf., Lübeck 85 Pf., Lügendortmund 70 Pf., Mühlheim a. M. 70 Pf., Preetz 65 Pf., St. Ludwig 60 Pf., Soltau 60 Pf., Strahburg 80 Pf., Warnemünde 70 Pf., Wajungen 60 Pf., Werden 70 Pf., Wehlar 65 Pf., Wriezen 70 Pf., Züllichau 65 Pf.

Ab 17. Woche in Erkner 85 Pf., Stolpen 85 Pf., Ab 19. Woche (1. Mai) in Colmnik 60 Pf., Detmold 70 Pf., Jastrów 60 Pf., Mühlberg 55 Pf., Neubrandenburg 65 Pf., Nendeburg 70 Pf., Nieša 60 Pf., Waldheim 70 Pf., Würzburg 85 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitung Nummer 18. Wochenbeitrag für das Jahr 1910 fällig geworden.

Zur glücklichen Durchführung des gegenwärtigen Kampfes in Vau gemerke haben die kürzlich stattgefundenen außerordentlichen Verbandstage der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter einmütig beschlossen, in den ersten zwei Wochen Streikunterstützung nicht zu zahlen. In weiterer Konsequenz dieses Beschlusses ist alsdann durch die Generalkommission der Gewerkschaften allen übrigen Verbänden die moralische Verpflichtung auferlegt worden, die Unterstützung ihrer von dem Kampfe mitbetroffenen Mitglieder in der gleichen Weise zu regeln, um eine einheitliche Führung des Kampfes zu ermöglichen und auch Differenzen zwischen den Mitgliedern der verschiedenen Verbände die



den Erfolg der Bewegung in Gefahr bringen würden, zu vermeiden. Da auch unser Verband mitbeteiligt ist, haben wir die Solalverwaltungen bereits durch Rundschreiben von diesem Beschluß in Kenntnis gesetzt. Im Hinblick auf die große Bedeutung dieses Kampfes nicht nur für die Bauarbeiterschaft, sondern für die Arbeiter sämtlicher Berufe, glauben wir zu der bestimmten Erwartung berechtigt zu sein, daß auch unsere von der Aussperrung mitbetroffenen Mitglieder gern bereit sein werden, das gleiche Opfer wie alle übrigen Ausgesperrten zu bringen.

Für die Wahl der Delegierten zum Verbandstag sind die Bestimmungen des Wahlreglements maßgebend, welches den Solalverwaltungen durch Zirkular vom 18. März zugestellt worden ist. Wir bringen das Reglement hiermit auch zur Kenntnis aller Mitglieder:

1. Für die Wahl zum Verbandstag bildet jede Wahlabteilung einen für sich abgeschlossenen Wahlbezirk.
2. Die Wahl erfolgt durch die Mitglieder in den Wahlstellen durch geheime Abstimmung mittels Stimmzettel und kann nur in Person ausgeübt werden.
3. Der Wahltag ist in allen Wahlstellen der Sonntag, 8. Mai 1910. Wahlen, die an einem anderen Tage stattfinden, sind ungültig. Die Wahlhandlung wird vormittags 10 Uhr eröffnet und nachmittags 2 Uhr geschlossen. Außerhalb dieser Wahlzeit dürfen keine Stimmzettel entgegengenommen werden.
4. Das Wahllokal ist von der Solalverwaltung jeder Wahlstelle zu bestimmen und den Wahlstellenmitgliedern bekanntzumachen. In großen Wahlstellen können zwei oder mehrere Wahllokale bestimmt werden. Außerhalb des Wahllokals dürfen keine Stimmzettel entgegengenommen werden.
5. Zur Leitung der Wahl sind fünf Mitglieder der Solalverwaltung als Wahlvorstand zu bestimmen, von welchen jeweils mindestens drei während der Dauer der Wahlzeit am Wahlort anwesend sein müssen. In großen Wahlstellen mit mehreren Wahllokalen hat die Solalverwaltung die erforderlichen Wahlvorstände möglichst aus den Mitgliedern der Verwaltung zu ernennen, mindestens ist als Vorsitzender eines solchen Wahlvorstandes ein Mitglied der Verwaltung zu bestimmen.
6. In dem Wahllokal sind die Namen sämtlicher Kandidaten der Abteilung auf einer Tafel oder einem Plakat den Wählern bekanntzumachen.
7. Beim Eintritt in das Wahllokal ist jedem Wähler ein weißer, nur mit dem Stempel der Wahlstelle versehener Stimmzettel zu übergeben. Der Wähler hat dann den Zettel mit dem Namen eines für die Wahl aufgestellten Kandidaten handschriftlich zu versehen.
8. Jeder Stimmzettel für die Wahl eines Delegierten darf nur einen Namen enthalten. Stimmzettel, die mehr als einen Namen enthalten, sind in den Wahlabteilungen ungültig, welche nur einen Delegierten zu wählen haben. In allen Abteilungen, in denen mehr als ein Delegierter zu wählen ist, soll der Stimmzettel so viel Namen enthalten, als Delegierte zu wählen sind. Stimmzettel, die mehr Namen enthalten, sind ungültig.
9. Jedes Mitglied der Wahlstelle, welches am Tage der Wahl nicht mehr als sieben Wochenbeiträge restiert, ist wahlberechtigt. Wer acht oder mehr Beiträge restiert, ohne daß ihm Stundung gewährt wurde, ist weder wahlberechtigt noch wählbar. Durch Befreiung von den Beiträgen infolge Krankheit oder Arbeitslosigkeit wird das Wahlrecht und die Wahlbarkeit nicht beeinträchtigt.
10. Jeder Wähler hat bei der Stimmabgabe sein Mitgliedsbuch vorzulegen. Nach Prüfung der Wahlberechtigung durch den Wahlvorstand und Entgegennahme des Stimmzettels ist in das Mitgliedsbuch des Wählers einzutragen, daß er an der Wahl teilgenommen hat. Der Eintrag geschieht auf der inneren Seite des vorheren Umschlagdeckels durch Eindrücken des Stempels und Befügung des Datums der Wahl.
11. Jedes Mitglied kann bei einer Wahl seine Stimme nur einmal abgeben. Zur Kontrolle hierüber dient der vorerwähnte Eintrag in das Mitgliedsbuch.
12. Um 2 Uhr nachmittags ist das Wahllokal zu schließen, worauf nur noch die im Lokal anwesenden Wähler ihre Stimme abgeben dürfen. Hierauf hat der Wahlvorstand sofort die Stimmzettel zu zählen und das Wahlergebnis festzustellen. Letzteres ist in das vom Wahlvorstand überreichte Wahlprotokoll einzutragen und, mit den Unterschriften des Wahlvorstandes und dem Wahlstellenstempel versehen, unverweilt an den Verbandsvorstand einzusenden.
13. Der Verbandsvorstand stellt die aus den Wahlstellen einlaufenden Wahlergebnisse am 11. Mai zusammen, später eingehende Wahlprotokolle müssen also unberücksichtigt bleiben. Zur Gültigkeit der Wahl ist absolute Stimmenmehrheit erforderlich. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Die Auslosung erfolgt durch den Verbandsvorstand.
14. Wird in einer Wahlabteilung eine Stichwahl erforderlich, so erhalten die betreffenden Wahlstellen vom Verbandsvorstand entsprechende Nachricht. Die Stichwahl erfolgt zwischen denjenigen beiden Kandidaten, welche die größte Stimmenzahl auf sich vereinigten. Die Solalverwaltungen haben das Stattfinden einer Stichwahl und das Wahllokal für dieselbe den Mitgliedern der Wahlstelle bekanntzumachen.
15. Die Stichwahl hat in allen daran beteiligten Wahlstellen am Sonntag, 29. Mai 1910, in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags stattzufinden. Für die Wahlhandlung bei der Stichwahl gelten alle Vorschriften, welche in diesem Wahlreglement für die Hauptwahl aufgestellt sind. Insbesondere ist den Wählern die Teilnahme an der Stichwahl gleichfalls in das Mitgliedsbuch einzutragen.
16. Die Resultate der Stichwahlen werden vom Verbandsvorstand am 1. Juni zusammengestellt, es müssen somit auch hier später eintreffende Wahlprotokolle unberücksichtigt bleiben.
17. Die gewählten Delegierten erhalten das Mandat vom Verbandsvorstand ausgehändigt. Im Falle der Verhinderung eines gewählten Delegierten tritt der mit der höchsten Stimmenzahl in der Winderheit gebliebene Kandidat als Ersatzmann an seine Stelle.

- Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:
- 53588 Karl Rester, Tischler, geb. 28. 8. 70 zu Bielefeld.
  - 40123 Artur Bernhardt, Tischler, geb. 20. 12. 84 zu Breslau.
  - 242103 Christian Bödlein, Tischler, geb. 30. 4. 72 zu Nürnberg.
  - 278287 Hermann Kremer, Tischler, geb. 18. 4. 82 zu Werden a. Ruhr.
  - 823827 Emil Kalk, Maschinenarbeiter, geb. 25. 8. 76 zu Baden-Waden.
  - 827061 Bernhard Kuglmann, Tischler, geb. 14. 8. 84 zu Weidum.
  - 359404 Karl Schulze, Maschinenarbeiter, geb. 25. 11. 70 zu Alt-Landsberg.
  - 361223 Karl Schulze, Pantinenmacher, geb. 14. 6. 64 zu Nieg.
  - 381252 August Geier, Pantinenmacher, geb. 25. 4. 78 zu Treuenbriegen.
  - 395090 Otto Krieg, Tischler, geb. 21. 10. 91 zu Hermannsfeld.
  - 449832 Ferdinand Bonhoff, Modelltischler, geb. 14. 9. 84 zu Dortmund.
  - 408200 Wilhelm Neumann, Tischler, geb. 13. 2. 82 zu Wallprechtsweler.
  - 470441 Heinrich Seestadt, Tischler, geb. 5. 12. 70 zu Lübeck.
  - 408708 Reinhold Rielke, Tischler, geb. 29. 12. 89 zu Berlin.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.  
Der Verbandsvorstand.

**Korrespondenzen.**

**Berlin. (Bergolder.)** Die letzte Branchenversammlung nahm zunächst Stellung zu den Vorschlägen zum Verbandstag. Sie beschäftigte sich u. a. mit einem Antrag betreffs Verringerung des § 80, welcher besagt, daß Arbeitslosenunterstützung nur an dem Orte gezahlt wird, wo man arbeitslos wird. Die Versammlung beschloß, daß es heißen soll: „in der Regel nur dort gezahlt usw.“ Nach der alten Fassung ist der Vorstand an das Statut gebunden, in der neuen kann er in bestimmten Fällen Ausnahmen machen. Begründet wurde der Antrag durch folgenden Fall: Mehrere Bergolder nahmen während der Krise Arbeit im Auslande an, um die Arbeitslosen am Ort zu entlasten. Nach zehnwöchiger Beschäftigung brannte die Fabrik ab. Die Kollegen waren gezwungen, nach Deutschland zurückzukehren, ohne daß sie Aussicht auf Arbeit hatten. Die Arbeitslosenunterstützung wurde ihnen nun mit dem Hinweis auf das Statut abgelehnt. Des weiteren nahm die Versammlung Stellung zu der von mehreren Sektionen beantragten Branchenkonferenz der Bergolder. Die Versammlung schloß sich dem Vorschlage der Kölner Kollegen an, daß zunächst einmal genügendes Material gesammelt werden soll, damit man eine Unterlage zur Konferenz hat. Inzwischen sollen die Sektionen an den einzelnen Orten recht fleißig arbeiten und organisieren, damit zur geeigneten Zeit wieder Stellung zu einer Branchenkonferenz genommen werden kann. Denn die Hauptsache sei doch, daß nicht nur Beschlüsse gefaßt würden, sondern daß dieselben auch durchgeführt und gehalten werden. Unter „Verschiedenes“ wurden die Verhältnisse der Firma August Werkmeister einer Kritik unterzogen. Es wurde festgestellt, daß es die Firma verstanden hat, während der Krise auf die Preise zu drücken, so daß sich die Löhne der dortigen Kollegen verschlechtert haben. Aber nicht genug damit, sucht die Firma noch dadurch Profit herauszuschlagen, daß sie ihren Arbeitern Materialien, wie Bronze und Metallstaub, zu höheren Preisen als den Selbstkosten anrechnet. Zum Schluß wurde noch eine Ersatzwahl zur Branchenkommission vorgenommen und die Kollegen aufgefordert, sich rege an der Komitee zu beteiligen und sich in dem dazu bestimmten Lokal einzufinden.

**Breslau.** In der am Sonntag, den 10. April, abgehaltenen öffentlichen Modelltischler-Versammlung referierte unser Bevollmächtigter, Kollege Seibold, über die Lage der Breslauer Modelltischler. In der Hand statistischen Materials legte er dar, daß Breslau wohl mit Recht als diejenige Großstadt, in welcher die niedrigsten Löhne und schlechtesten Arbeitsverhältnisse existieren, bezeichnet werden muß. Während der Berliner Durchschnittslohn 88,75 M. beträgt, ist der Durchschnittslohn für Breslau kaum 24 M. und stehen wir noch weit hinter mancher Mittel- und Kleinstadt zurück. Wenn es den Tischlern gelungen ist, in zehn Jahren um 15 Pf. Stundenlohn höher zu kommen, so müßte dies auch den Modelltischlern möglich sein, dazu gehört aber ein festes Zusammenhalten und ein ernster Wille, und darf man nicht beim ersten Mißerfolg gleich die Flinte ins Korn werfen. In der nachfolgenden lebhaften Diskussion wurde besonders über die Firma Gebr. Guttmann bittere Klage geführt. Kollegen, welche dort beschäftigt waren, führen über das rücksichtslose Betragen des Meisters Beschwerde. Da es dieser Firma nur selten gelingt, für den horrenden Lohn von 80 Pf. pro Stunde Modelltischler zu bekommen, so stellt man dort Modelltischler ein, um sie anzulernen, und dadurch immer billige Arbeitskräfte zur Hand zu haben. Kollegen Breslaus, gedenkt der ernsten Zeit und Eurer wahrlich nicht zosigen Lage, laßt Eure Gleichgültigkeit und persönlichen Reibereien beiseite und schließt Euch zusammen im Deutschen Solgarbeiterverband. Zeigt bei einer nächsten Versammlung durch Massenbesuch, daß Ihr ernstlich gewillt seid, Eure Lage zu verbessern und ersichert nicht durch Ineffektivität ein zielbewusstes Vorgehen, ruht nicht, bis auch der letzte Mann an unserer Seite steht.

**Delmenhorst.** In einer am 16. April abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlung referierte Kollege Ahlemeyer aus Bremen über „Die verflorenen Tarifbewegungen und die Beitragsfrage.“ Die Versammlung war leider schwach besucht. Er schilderte die verflorenen Tarifbewegungen in kurzen Zügen und empfahl in der Beitragsfrage die Annahme des Antrages auf Beitrags-erhöhung mit dem Hinweis darauf, daß die Einführung von Staffelnbeiträgen für unsern Verband unmöglich sei. In der lebhaften Diskussion vertraten die Kollegen aber den Standpunkt, daß die Erhöhung der Verbandsbeiträge für unsern Verband von großem Schaden wäre und die

Einführung von Staffelnbeiträgen nicht so schwierig sei, wenn nur der gute Wille da ist. Die Beitragsklassen müßten nach dem verdienten Lohn und nicht nach den Branchen oder der Einwohnerzahl der Städte eingeteilt werden. Es wurde am Schlusse folgende Resolution angenommen: „Die am 16. April stattfindende außerordentliche Solgarbeiterversammlung der Jahrestelle Delmenhorst ist gegen jede Erhöhung des Verbandsbeitrages. Sie ist vielmehr der Meinung, daß der jetzige Beitrag bestehen bleibt und bei eventuellen größeren Aussperrungen und Streiks ein den Verhältnissen entsprechender Ertragsbeitrag zu erheben ist, da derselbe auch bei Erhöhung des Beitrages in Zukunft nicht ganz umgangen werden könne. Jedoch nimmt sie eine andere Stellung ein, wenn die Staffelnbeiträge eingeführt werden!“

**Hagen i. W. (Korbmacher.)** Bei der Witwe Wähler, wo Mattarbeit angefertigt wird, werden noch recht schlechte Löhne gezahlt. So betrug der Stücklohn für einen 14-jährigen Korb früher 40 Pf., jetzt nur noch 35 Pf., für einen 18-jährigen wurde der Lohn von 85 auf 80 Pf. und für einen 12-jährigen von 80 auf 25 Pf. herabgesetzt. Es muß schon ein tüchtiger Arbeiter sein, der bei den jetzigen Preisen in 10-stündiger Arbeitszeit auf 21 M. Wochenlohn kommen will. Dabei muß hier für Kostgeld 12,50 bis 14 M. gezahlt werden. Den Kollegen wäre zu empfehlen, den Betrieb zu meiden.

**Mafel.** Die hiesigen Kollegen haben mit Hilfe der Organisation im vorigen Jahre einige Fortschritte erzielt, hauptsächlich in der Beseitigung des Post- und Logiswesens. Zu wünschen wäre, daß jeder Kollege auf die Einhaltung des Tarifes achtet. Bei manchen Meistern ist es besonders notwendig. Wenn Herr Hermann Lehmann öfters sagt, wenn es nicht gefaßt der kann gehen, er kriegt genug junge Gesellen, so befindet er sich in einem Irrtum, wie er es im letzten Winter erfahren hat. Einige Jahre hindurch hat auch Herr Krause in das gleiche Horn geblasen, dann aber ist er bei Nacht und Nebel verschwunden. Auch einige andere Meister, die den Mund sehr voll nehmen, stehen recht wadelig. Ihr Uebermut aber wird sich legen, wenn nur unsere Kollegen stets auf dem Posten sind. Daran fehlt es aber. Die letzte Generalversammlung war wiederum recht mäßig besucht. Besonders den älteren Kollegen, die in anderen Wahlstellen tätig waren, muß der Vorwurf gemacht werden, daß sie nicht genügend ihre Pflicht erfüllen. Anstatt für unsere Organisation zu agitieren, halten sie die Kollegen ab, in die Versammlung zu gehen. Wenn das so fortgeht und wir die Kollegialität pflegen, wie das jetzt der Fall ist, was soll dann werden, wenn unser Tarif abläuft? Daß uns die Unternehmer nicht aus gutem Herzen entgegenkommen, sehen wir an dem Beispiel des Herrn Sacherlewig, der unsern Kollekteur drohte, ihn wegen Hausfriedensbruch zu verklagen, wenn er noch einmal mit der Zeitung zu seinen Leuten kommt. Der Herr möchte sich erst seiner Pflichten erinnern gegenüber den Leuten, die er in Kost und Logis hat. Bei einer kürzlich vorgenommenen Revision durch Polizeibeamte wurde festgestellt, daß der Schlafraum große Unreinlichkeit mit einem Schweinestall hat. Die Betten waren ein halbes Jahr nicht gemacht, und die Schlafstelle war seit einem halben Jahr nicht ausgefegt. Bei Herrn Borowik scheint die Fastenzeit kein Ende zu nehmen. Die Arbeiter bekommen dort vier- bis fünfmal in der Woche Seringe. Mißstände der verschiedensten Art gibt es also in Mafel zu beseitigen. Dazu müssen aber die Kollegen zusammenhalten, jedoch nicht in den Kneipen beim Fusel, sondern jeder möge pünktlich in den Versammlungen erscheinen und fleißig agitieren, um auch die Unorganisierten dem Verbandszugezuführen. Dann wird es auch in Mafel besser werden.

**Wasing. (Bergolder.)** Seit dem letzten halben Jahre scheint die latenten Arbeitslust in unserer Organisation aufs neue zu erblühen. Die überall wahrnehmbare scharfe Bekämpfung der organisierten Arbeiter hat auch die Wasinger Bergolder zu einer unerwarteten Phalanx zusammengeschweißt, wozu auch ein gut Stück der Verlauf des hiesigen Gantages, speziell hinsichtlich der Grundbeitrags-erhöhung auf 60 Pf., beitrug. Unsere Kollegen stimmten um so lieber der Erhöhung zu, als der zukünftige Gintausch, Lohnerhöhung nebst Arbeitszeitverlängerung, ungleich vorteilhafter ist. Aber gerade bei aller Würdigung dieses Umstandes befürworten wir die Abhaltung einer Branchenkonferenz und hoffen, daß unser Wunsch auch bei der Zentralleitung Beachtung finde. Besonders handelt es sich um die parasitären Zwischenmeisterexistenzen, dieser Eiterbeule im jahrzehntelangen Verwehungsprozesse der einstmalig so blühenden Bergolderindustrie, welche auch alle Kollegen zur Abwürgung dieser Betriebe aufzählen sollte. Leider verhandelte der hiesige Gantag unseren, auch von München unterstützten Antrag betr. der Branchenkonferenz nicht, was wohl der knappen Tagungszeit zuzuschreiben ist. Eine unsißliche Anhäufung von Material würde zu einer Gegenüberstellung der Preise aller Muster, zur Beleuchtung der verschiedensten Produktionsweisen unter ebenso verschiedenen, aber dabei allen hygienischen Errungenschaften hohnsprechenden Zuständen führen und recht niedliche Sachen zeitigen, zugleich aber auch allerorts rücksichtslosste Kampflust entflammen. Der einstmalige Scheid der Zentralleitung, der wegen hier nicht zu erörternder Umstände verloren gegangen ist, lehrt wieder, und mit unserer umfassenden Beihilfe würde der Staub der Entmunterung weggewischt. — Sollten wieder Situationsberichtsbogen versandt werden, bitten wir, Wasing zu berücksichtigen. Zum Schluß machen wir die Mitarbeiterschaft eventuell zureisender Kollegen davon abhängig, ob sie den hiesigen Arbeitsnachweis berücksichtigt haben.

**Rheine.** Die Kollegen bei der Firma G. Leugering, Bau- und Möbeltischlerei, scheinen sich noch gar nicht für unsere Organisation entschließen zu können; lieber lassen sie sich die denkbare schlechtesten Löhne gefallen, als daß sie sich organisieren, um mit Hilfe des Deutschen Solgarbeiterverbandes bessere Verhältnisse in dem Betriebe einzuführen. Darum, Kollegen, aufgewacht! Tretet dem Deutschen Solgarbeiterverband bei, dann seid ihr nicht mehr der Willkür der Arbeitgeber preisgegeben. Scheut nicht den Verbandsbeitrag, er trägt hundertfach Nutzen, denn nur die Einigkeit macht stark.



Unsere Lohnbewegung.

Freiherr von Verlepsch über die Tarifverträge in der Holzindustrie.

Als im Herbst vorigen Jahres die Zentralvorstände zum ersten Male zusammentraten, haben sie sich bekanntlich dahin verständigt, daß zur endgültigen Schlichtung der bei den Tarifverhandlungen etwa verbleibenden Differenzpunkte ein Schiedsgericht eingesetzt werden soll. Beide Parteien stimmten darin überein, daß der Freiherr v. Verlepsch, der die Verhandlungen in Leipzig im Jahre 1908 erfolgreich geleitet hatte, wiederum ersucht werden soll, den Vorsitz in dem in Aussicht genommenen Schiedsgericht zu übernehmen. Dieser hat sich auch in dankenswerter Weise bereit erklärt, dem Wunsche der Organisationsstellen zu entsprechen. Später hat die Konferenz der Arbeitgeberverbände des Arbeitgeberschutzverbandes das Schiedsgericht abgelehnt. Während der in der Folge geführten Verhandlungen, die sich zeitweilig recht schwierig gestalteten, schien es öfters, als ob trotz jenes Beschlusses die Einsetzung eines Schiedsgerichtes nicht würde vermieden werden können.

Wider Erwarten führten die langwierigen Verhandlungen schließlich doch zu einer Verständigung, die teils von den Vertretern der örtlichen Parteien, teils in den Konferenzen der Zentralvorstände unter Beteiligung der Vertrauensmänner beider Parteien gefunden wurde, so daß sich die Einberufung eines Schiedsgerichtes tatsächlich erübrigte. Als sich dann übersehen ließ, daß die getroffenen Vereinbarungen von den örtlichen Parteien angenommen wurden und nur noch einige unbedeutende Differenzen übrig geblieben waren, die aber den Abschluß der ganzen Tarifbewegung nicht mehr beeinflussen können, stellten sich die Vorstände der Verbände für verpflichtet, dem Freiherrn v. Verlepsch hiervon offiziell Mitteilung zu machen und ihm zugleich für die Bereitwilligkeit zu danken, mit welcher er sich den Organisationsstellen zur Verfügung gestellt hatte. Das geschah in einem gemeinsamen Schreiben unseres Verbandsvorstandes und des Vorstandes des Arbeitgeberschutzverbandes. Als Antwort hierauf sandte Freiherr v. Verlepsch den nachfolgenden Brief, den wir hierdurch zur Kenntnis unserer Kollegen bringen:

Eeebach, den 21. April 1910.  
Klostergut

An den Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes und des Arbeitgeberschutzverbandes Berlin.

Für die erfreuliche Mitteilung vom 15. d. M. spreche ich Ihnen meinen ergebensten Dank aus. Ich habe mit Spannung die letzten Vorgänge in Ihrer Tarifbewegung verfolgt und mich über jeden Fortschritt nach dem Ziele einer Einigung hin aufrichtig geseuert. Daß es den Bemühungen der Zentralvorstände gelungen ist, ohne Schiedsgericht zu einer Erneuerung der Tarifverträge in Holzgewerbe zu gelangen, halte ich für ein großes Glück und für einen bedeutsamen Schritt in der deutschen Tarifbewegung. Ich habe es bereits früher zum Ausdruck gebracht, daß ich ein Schiedsgericht immer nur für einen Nothelfer halte, dem die Vereinbarung der Parteien bei weitem vorzuziehen ist. Der durch Ihre Bemühungen erlangte Erfolg berechtigt zu der Hoffnung, daß das Schiedsgericht auch in Zukunft der direkten Verständigung wird weichen müssen. Das freut mich nicht wegen Ersparrung der Mühe, die mir evtl. als Schiedsrichter verurteilt worden wäre und die ich mit Freude übernommen haben würde, sondern der großen Sache wegen, die ich, wie jeder verständige Mann, dem Fortschritt des Tarifwesens zuerkenne. Möge es in der nun vor sich liegenden Zeit immer mehr gelingen, dem Gedanken des Tarifvertrages Eingang zu verschaffen und die Organe und Instanzen zu sichern, die zur Erneuerung und Erhaltung der Verträge notwendig sind. Ich bleibe zu jedem Dienste bereit, den Sie etwa von mir in der Zukunft verlangen werden und zeichne in vorzüglicher Hochachtung Ihr ergebener  
Freiherr v. Verlepsch.

Von der großen Tarifbewegung stehen immer noch einige Orte aus, wo der endgültige Abschluß bisher nicht erfolgte. In Dresden und Königsberg haben nunmehr beide Parteien zugestimmt. In Hannover, wo noch Schwierigkeiten bezüglich des Arbeitsnachweises bestanden, sind diese durch Entscheidung der Verbandsvorstände beigelegt. In Erfurt ist die Unterzeichnung des Vertrages erfolgt, doch weigern sich einige Arbeitgeber, den Bestimmungen desselben nachzukommen. In Ruffenhäusen sind die Forderungen der Kollegen für 1/2 der in Frage kommenden Kollegen bewilligt, und zwar für rund 80 Mann, während noch circa 30 Kollegen sich im Kampfe befinden. In Ulm kam es bisher noch nicht zu einer Einigung.

In Darmstadt haben die Arbeiter in den Möbelbetrieben J. Glöckert, O. Erhardt und Biegler am 23. April die Arbeit eingestellt. Zugang ist fernzubahalten.

In Stettin traten zugleich mit den Tischlern auch die Kürschner in eine Lohnbewegung ein und erzielten ebenso wie jene einen schönen Erfolg. Die Arbeitszeit ist von 10 auf 8 1/2 Stunden verkürzt worden mit entsprechender Lohnerhöhung. Der Mindestlohn beträgt 40 Pfennig pro Stunde. Akkordarbeiter erhalten bei Lohnarbeit ihren durchschnittlichen Akkordverdienst garantiert. Die herabgesetzten Akkordpreise sind neu geregelt und um circa 10 Proz. erhöht worden.

In Essen erkannte die Firma Schürmann den für das Särcinergewerbe abgeschlossenen Tarifvertrag auch für ihren Betrieb an. Die Firma gehörte weder dem Bau- noch der Innung an. Den Kollegen kommt dadurch sofort eine Lohnerhöhung von 2 bis 3 Pf. zugute.

In Essen-Kray wurde der Streik bei der Firma Heymann erfolgreich beendet. Es wurde ein Vertrag abgeschlossen, der den Kollegen in diesem Jahre 1 Pf. am

1. April 1911 einen weiteren Pfennig und eine Stunde Arbeitszeitverkürzung, am 1. April 1912 nochmals 1 Pf. und am 1. August 1912 1 Pf. und eine weitere Stunde Arbeitszeitverkürzung bringt. Innerhalb der dreißigtägigen Vertragsdauer wird also die Arbeitszeit um zwei Stunden verkürzt und der Lohn um 4 Pf. pro Stunde erhöht. Die Akkordlöhne wurden durchschnittlich um 5 Proz. erhöht. Der Streik dauerte fast vier Wochen. Arbeitswillige hatten sich nicht eingefunden.

In Freiburg i. B. hatten unsere Kollegen den früher bestehenden Tarifvertrag gekündigt, weil die Arbeitgeber sich in vielen Fällen nach den Bestimmungen desselben nicht richteten. Unsere Kollegen zogen es darum vor, ohne Vertrag zu arbeiten. Herr Dr. Meiner aus Mannheim gab aber die Weisung an seine Freiburger Mitglieder, einen neuen Vertrag zum Abschluß zu bringen, der als Ablaufstermin den 17. Februar 1912 haben sollte. Unsere Kollegen wurden infolgedessen zu Verhandlungen eingeladen, zu denen Herr Dr. Meiner in höchst eigener Person erschien und in seiner bekannten Weise versuchte zu blaffen. Als dies Vorgehen nicht den erwarteten Erfolg zeitigte, wurde der gute Mann nervös und verkügte sich zu allen möglichen Drohungen. Schließlich gelang es, eine Verständigung zwischen den Verhandlungskommissionen herbeizuführen, indem den Arbeitern einige Pfennige Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit von 57 auf 56 Stunden zugestanden wurde. Einige Tage später ging jedoch der Lohnkommission der Arbeiter ein Schreiben zu, worin kurz mitgeteilt wurde, daß die Arbeitgeber die Verkürzung der Arbeitszeit abgelehnt hätten. An Lohnerhöhung sollte in diesem Jahre 1 Pf. und im nächsten Jahre ein weiterer Pfennig erfolgen. Der zwischen den Kommissionen vereinbarte Durchschnittslohn sollte zwar anerkannt werden, doch sei derselbe abhängig zu machen von einer noch zu vereinbarenden Probezeit für „tüchtige“ Schreiner. Zu diesem Schreiben nahmen in einer stark besetzten Versammlung die Freiburger Holzarbeiter Stellung und lehnten sowohl den Ablaufstermin 1912 wie auch das „Angebot“ der Arbeitgeber einstimmig ab. Die Versammlung brachte auch zum Ausdruck, daß für sie damit die Verhandlungen erledigt seien und daß man ruhig weiter arbeiten würde und abwarten, ob es Herrn Dr. Meiner und den Freiburger Arbeitgebern angebracht erscheint, mit den Holzarbeitern anzubinden.

In GutsMuth befinden sich die Tischler und Stellmacher in der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik von Dehne im Streit. Im verflochtenen Jahre haben sie ohne Kampf einige Verbesserungen erreicht. Als auch die Metallarbeiter und Schmiede mit ihren Wünschen an die Firma herantraten, wurden sie abgewiesen. Aus diesem Anlaß kam es im Februar dieses Jahres zu einem fünf-tägigen Ausstand der Schmiede und Metallarbeiter, der erfolgreich beendet wurde. Nach wenigen Wochen aber wurden acht Schmiede entlassen, angeblich wegen Arbeitsmangel. Daraufhin leisteten zwölf ledige Schmiede die Arbeit nieder, um die Möglichkeit zu schaffen, die Ver-einzelten weiter zu beschäftigen. Darauf ließ sich die Firma nicht ein. Nach wiederholten erfolglosen Verhandlungen stellten dann am 11. April 50 Schmiede die Arbeit ein. Die Organisation der Schmiede war der Meinung, daß ein Erfolg von einem Sympathiestreik der übrigen im Betriebe beschäftigten Berufe abhängen würde. Demzufolge legten am 18. April 118 Metallarbeiter und 42 Holz-arbeiter die Arbeit nieder. Im Betrieb sind an gelernten Arbeitskräften höchstens noch 30 bis 40 Mann Handwerker. Zugang ist fernzubahalten.

In Heide in Holstein ist es am 17. April zum Abschluß eines neuen vierjährigen Vertrags gekommen. Die Arbeitgeber hatten die Vereinbarung zwischen der Innung und dem Gesellenauschuss vom Jahre 1907 zum 1. Januar gekündigt, nachdem unsere Kollegen sich geweigert hatten, dieselben ohne jede Verbesserung auf zwei Jahre zu verlängern. Im Laufe des Winters haben zwei Verhandlungen stattgefunden, welche sich im wesentlichen auf die Eröte-rung der Frage der Arbeitszeit beschränkten. Zu der zweiten war der bekannte Herr Gurlikt, Hauptmann a. D. aus Hamburg, anwesend und stellte dieser uns das Ulti-matum: Verkürzung der Arbeitszeit am 1. April 1912 von 60 auf 59 Stunden. Wenn wir nicht zustimmten, seien die Verhandlungen gescheitert. Demgegenüber erklärte namens unserer Kommission unser Gauobertseher, daß wir unter keinen Umständen einen Vertrag machen würden, der nicht die 57stündige Arbeitszeit bringt. Die Verhandlungen wurden abgebrochen, und wir ließen die Sache vorläufig auf sich beruhen. Plötzlich erhoben jetzt die Kollegen erneut ihre Forderungen, nachdem sich die Chancen für uns bedeutend gebessert hatten. Die Arbeitgeber zeigten sich unseren Wünschen denn auch weit mehr zugänglich, als das im Winter der Fall war. Der abgeschlossene Vertrag sieht die Verkürzung der Arbeitszeit auf 57 Stunden vor, und zwar am 1. April 1911, 1912 und 1913 je eine Stunde. Der Lohn wird sofort um 2 Pf., am 1. April 1911 um 2 Pf., am 1. April 1912 um 1 1/2 Pf. und am 1. April 1913 um 1 1/2 Pf., also insgesamt um 7 Pf. erhöht. Der Normallohn steigt in gleicher Weise von 40 auf 47 Pf. Den hauptsächlich in Betracht kommenden Arbeitgebern ist die Einigung durch die vielen Kleinmeister, welche an einem Streik ein Interesse hatten, ziemlich erswerlich, sie haben sich aber doch nicht beirren lassen. Für unsere Kollegen bedeutet der Abschluß einen guten Schritt vorwärts. Dieses sollten auch die Unorganisierten einsehen und sich endlich dem Verbände anschließen, dem sie diese Vorteile zu danken haben.

In Abbau und Georgswalbe ist es zu einer Einigung mit der Pianofabrik Förster gekommen. Doch ist bisher erst ein Teil der früher dort Beschäftigten wieder eingestellt worden, die übrigen sollen erst nach und nach folgen. Wir bitten deshalb, den Zugang vorläufig noch weiter fern-zubehalten.

In Witten, zur Zahlstelle Lauenburg gehörig, haben wir schon wiederholt den Versuch unternommen, das Post- und Logiswesen im Hause des Arbeitgebers zu beseitigen, aber immer wieder stellte sich dieser Unzustand von neuem ein, da es ja leider allenthalben Kollegen gibt, die an einem solchen Verhältnis Gefallen finden. Als wir jedoch jetzt abermals mit den Arbeitgebern dieserhalb in Ver-handlungen traten, sahen dieselben sich gezwungen, unseren

Forderungen zu entsprechen. Es kam ein zweijähriger Vertrag zustande, welcher besagt: 1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. 2. Der Durchschnittslohn beträgt 10 Pf. pro Stunde. 3. Kost und Logis beim Meister findet nicht statt. Wir wollen hoffen, daß nunmehr auch diese Vereinbarungen strikte innegehalten werden.

In Nürnberg haben die Pinselmacher eine erfolgreiche Lohnbewegung durchgeführt, bei welcher für circa 1500 Kollegen und Kolleginnen ohne Kampf recht annehm-bare Zugeständnisse erzielt wurden. Im wesentlichen handelt es sich um eine Lohnerhöhung um 10 Proz. und eine Verkürzung der Arbeitszeit von 6 1/2 auf 5 3/4 Stunden. (Näherer Bericht folgt in nächster Nummer.)

In Oberlosse ist es uns durch gütliche Vereinbarungen gelungen, mit der Möbelfabrik von Kaiser u. May einen neuen dreijährigen Vertrag abzuschließen. Die Arbeitszeit wird ab 1. Mai d. J. von 9 1/2 auf 9 Stunden täglich verkürzt, die Löhne werden am gleichen Datum um 5 Pf. und am 1. Mai 1912 um weitere 2 Pf. pro Stunde erhöht. Der Mindestlohn betrug bisher 43 Pf. pro Stunde; derselbe steigt jetzt auf 50 Pf. und am 1. Mai 1912 auf 52 Pf. pro Stunde. Die bestehenden Akkordlöhne werden um 3 Proz. erhöht. Alle bisherigen Vereinbarungen über sonstige Punkte des Arbeitsverhältnisses bleiben in Kraft. Dieser günstige Abschluß hat nun auch bewirkt, daß die nichtorganisierten Maschinenarbeiter sämtlich dem Ver-bande beigetreten sind. — Gleichzeitig reichten auch die Wau-tschler Forderungen ein. Hier mußten wir wegen der Arbeitszeitverkürzung auf besonderen Widerstand rechnen, da mehrere Baugeschäfte in Frage kamen und diese erfahrungsgemäß den Tischlern keine kürzere Arbeitszeit zubilligen wollten als den übrigen Bauarbeitern. Als aber die Einigung mit der Möbelfabrik perfekt war, mußten sich auch die Herren Bauunternehmer mit dem Gedanken der Arbeitszeitverkürzung vertraut machen. Am 22. April fand eine gemeinschaftliche Verhandlung statt, deren Ergebnis wie folgt war: Die Arbeitszeit wird am 1. Oktober 1911 von 9 1/2 auf 9 Stunden täglich verkürzt. Der Mindest-lohn (jetzt 48 Pf.) beträgt ab 1. Juli 1910 50 Pf., ab 1. Mai 1912 52 Pf. pro Stunde. Die bestehenden Löhne werden am 1. Juli 1910 um 3 Pf., am 1. September 1910 um 2 Pf. und am 1. Mai 1912 um weitere 2 Pf. erhöht. Ferner regelt der Vertrag die Zuschläge für Ueberstunden bei auswärtigen Bauten und dergleichen mehr. Die Dauer des Vertrages ist dieselbe wie bei den Verträgen des Bau-gewerbes.

In Meinfeld in Ostf. wurde von dem Drechslermeister Bruner ein circa 1 1/2 Jahr dort beschäftigter verjetreteter Kollege ohne jeden triftigen Grund nach eben überstandener Krankheit entlassen. Durch das solidarische Eintreten der dort beschäftigten drei ledigen Kollegen ist es gelungen, die Maßregelung rückgängig zu machen. Nach fünf-tägigem Streik erklärte sich Herr Dr. bereit, sämtliche vier Kollegen wieder einzustellen und weitere Maßregelungen nicht ein-treten zu lassen. Die Meinfeldener Kollegen ersehen daraus, daß Einigkeit stark macht.

In Schwartau bei Albeck ist es uns nach wiederholten energischen Bemühungen gelungen, einen schönen Erfolg zu erzielen. In diesem ländlichen Gebiet, zu welchem mehr als ein halbes Dutzend Dörfchen gehören, wo Kol-legen von uns arbeiten, hielt es recht schwer, durch Schaf-fung eines einheitlichen Vertrages etwas Ordnung in die Arbeitsverhältnisse zu bringen; aber schließlich haben wir es doch durchgesetzt. Am 4. April reichten wir bei sämt-lichen Arbeitgebern die Forderungen ein und traten bald darauf in persönliche Fühlung mit denselben, worauf mehrere der Herren Entgegenkommen zeigten. Am 10. April fand dann eine gemeinsame Verhandlung statt, deren Ergebnis die Vereinbarung folgenden Vertrages bildete: 1. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. 2. Der Mindestlohn beträgt 42 Pf., ab 1. April 1911 44 Pf. pro Stunde. Für Junggesellen in den ersten beiden Gesellen-jahren ist der Mindestlohn um 4 Pf. niedriger. 3. Die be-stehenden Löhne werden um 2 Pf. erhöht. 4. Kost und Logis beim Meister ist abgeschafft.

In Solingen erreichten die Möbelschreiner bei der Firma Aufferling u. Albrecht eine Lohnerhöhung von 4 bis 5 Pf. pro Stunde.

In Sarau sind die Bau- und Möbelschreiner in eine Lohnbewegung eingetreten. Buzzeit herrscht hier ein wildes Durcheinander in bezug auf Arbeitszeit und Lohn-höhe. Von 58 Stunden aufwärts bis über 60 hinaus und von 35 Pf. die Stunde bis herab zu 23 Pf. Hier muß endlich einmal Wandel geschaffen werden, um so mehr, da ja die Preise für Lebensmittel, Miete usw. enorm ge-stiegen sind. Wir fordern deshalb in der Hauptsache 5 Pf. Zuschlag pro Stunde, Verkürzung der Arbeitszeit auf 58 Stunden und einen Durchschnittslohn von 38 Pf. Um Fernhaltung von Zugang wird gebeten.

In Neuzen wurde am 16. März vom Arbeitgeberschutz-verband für das Tischlergewerbe bekanntgegeben, daß vom 1. April 1910 ab der Lohn für über 20 Jahre alte Tischler-gesellen pro Stunde 42 Pf. und der Höchstlohn 45 Pf. be-trage. Da aber der jetzige Durchschnittslohn 47 Pf. beträgt, konnten wir uns damit nicht einverstanden erklären. Die darauf gepflogenen Verhandlungen führten zu keinem Me-sultat. Trotzdem nach Vereinbarung bis zum 1. Mai von keiner Seite etwas unternommen werden sollte, wurden unsere Kollegen, für welche Kündigung besteht, am 16. April gekündigt. Es wird gebeten, den Zugang nach hier fern-zubehalten.

In Wildeshausen in Oldenburg konnten sich die Tischlermeister nicht dazu aufschwingen, die überaus be-scheidenen Forderungen unserer Kollegen: zehnstündige Ar-bbeitszeit, 35 Pf. Stundenlohn und Abschaffung von Kost und Logis zu bewilligen. Darauf haben es sämtliche ledige Kollegen vorgezogen, den Ort zu verlassen. Unter solchen Umständen werden sich die reisenden Kollegen wohl nicht nach den Fleischtöpfen Wildeshausens sehnen. Zugang ist fernzubahalten.

In Seutenroda haben nach einer langen Zeit von acht Jahren die Holzarbeiter wieder einmal an die Unternehmer Forderungen gestellt, da es nicht mehr möglich war, mit den gezahlten Löhnen bei den bestehenden Lebensver-hältnissen auszukommen. Lehnten im Jahre 1902 unsere Arbeitgeber es ab, mit uns zu verhandeln, so war es jetzt das Gegenteil und so fand am 12. April die erste Verhandlung statt, welcher bald eine zweite und am



22. April die letzte folgte. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach statt der bisher 56stündigen Arbeitszeit eine solche von 55 Stunden sofort in Kraft tritt. Außerdem wurde erreicht: 4 Pf. Lohnhöhung pro Stunde, Mindestlohn für Gehilfen über 20 Jahre 40 Pf., unter dem 35 Pf., während für das erste Jahr freie Vereinbarung zulässig ist. Die Akkorde werden um 0 Proz. erhöht. Für Überstunden erfolgt 12 Pf. und für Nacht- und Sonntagsarbeit 15 Pf. Zuschlag. Ferner wurde noch das Akkorde- und Montagewesen geregelt und die Lohnzahlung auf Freitag festgesetzt. Diesen Erfolg können wir mit Recht der guten Organisation am Ort danken. An den Kollegen liegt es nun, das Errungene auch hochzuhalten, damit es nicht wieder zum Teufel geht. Den einzelnen noch Versprechenden aber rufen wir zu, schließt Euch unserer Verbände an. Die Ausrede, es gibt ja doch nichts, ist mit dem Errungenen gründlich widerlegt.

**Ausland.**

In Sorgen (Schweiz) dauert der Streit in der A.-G. Möbelfabrik fort. Die größten Anstrengungen, Streikbrecher zu bekommen, haben in allen angrenzenden Ländern keinen Erfolg gehabt, ein Beweis, daß die internationale Solidarität schöne Fortschritte gemacht hat. Nun versucht die Firma, die prestante Arbeit, besonders Holländische und bessere Stücke, in Deutschland herstellen zu lassen. Wir ersuchen deshalb die Kollegen Süddeutschlands, jede Bestellung auf ihren Bestimmungsort zu prüfen und Streikarbeit für Sorgen zu verweigern. Die beiden Geschäfte in Sorgen sowie Glarus sind vor wie nach gesperrt, trotzdem die Firma das Gerücht verbreitet, daß der Streit beendet sei.

In Lyon in Frankreich stehen die Wagenbauer im Streik. Hierüber wird uns von dort geschrieben: Die Wagenbauer sind in Frankreich in einem Industrieverbande organisiert. Alle in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter, Schmiede, Stellmacher, Schreiner, Sattler usw. gehören diesem Verbande an. Im Monat März dieses Jahres unterbreiteten die Arbeiter den Unternehmern ihre Forderungen, welche aber kurzweg abgelehnt wurden. Am 2. April beschloffen die Arbeiter mit 222 gegen 107 Stimmen, in den Streik zu treten. Infolge der schwachen Beteiligung an der Abstimmung fand eine zweite Versammlung statt. In dieser sprachen sich 418 Arbeiter für und 284 gegen den Streik aus, worauf dann zur Arbeitszeinstellung geschritten wurde. Die Löhne der Stellmacher und Schreiner betragen 55 bzw. 60 Centimes die Stunde im Minimum. Dieser Tarif besteht seit 1905. Gefordert wird 70 Cts. die Stunde. Außerdem verlangen die Arbeiter die allgemeine Einführung der Lohnarbeit und Abschaffung der Zwischenmeister, das Werkzeug soll in Zukunft vom Meister gestellt werden. Zusammentommen soll die Möglichkeit gegeben werden, in den folgenden Stunden die Arbeit aufzunehmen. Außerdem soll eine Verkürzung der Arbeitszeit angebahnt werden.

**Aus der Holzindustrie.**

**Der paritätische Arbeitsnachweis**

hat durch den Abschluß der diesjährigen Tarifbewegung in der Holzindustrie eine wesentliche Förderung erfahren. Nicht nur ist in Hannover der seit herige paritätische Arbeitsnachweis unverändert erhalten geblieben, es ist auch für Lübeck jetzt endlich die paritätische Arbeitsvermittlung durch den neuen Vertrag festgelegt worden. Und in die neuen Arbeitsverträge für Kiel, Leipzig und Reibitz ist eine Bestimmung aufgenommen, wonach die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise auch in diesen Städten in Aussicht genommen ist, sobald die Zentralvorstände der beiderseitigen Verbände eine definitive Vereinbarung über die Arbeitsvermittlung im deutschen Holzgewerbe getroffen haben. Der paritätische Arbeitsnachweis in Berlin, für dessen Benutzung seit her für die Arbeitgeber keine bindende, vertragliche Verpflichtung bestand, ist jetzt auch insoweit obligatorisch gemacht worden, als die Arbeitgeber zu einer anderweitigen Einstellung von Arbeitern nur dann berechtigt sind, wenn nicht innerhalb 24 Stunden geeignete Arbeitskräfte vom paritätischen Arbeitsnachweis vermittelt werden können. Andere Arbeitsnachweise dürfen nicht benutzt werden. Der Versuch der Arbeitgeber in Hannover, das Obligatorium des paritätischen Arbeitsnachweises zu beseitigen, ist abgeschlagen worden. Statt dessen wurde hier unter Mitwirkung der Zentralvorstände eine Vereinbarung getroffen, welche vielleicht geeignet ist, auch auf das bekannte Eisenacher „Muster-Regulativ“ Anwendung zu finden und so möglicherweise auch dessen definitive Annahme herbeizuführen. Statt einer jeden Parteikritik, nach deren Ablauf der Arbeitgeber bei Veragung des Arbeitsnachweises sich selbst um Arbeitskräfte bemühen konnte, ist nämlich für Hannover jetzt vereinbart worden, daß bei örtlichem Mangel an geeigneten Arbeitskräften der Arbeitsnachweis selbst verpflichtet sein soll, solche sofort auf telephonischem Wege oder durch Inserate von auswärts heranzuziehen. Der betreffende Arbeitgeber darf somit die Kosten der Inserate, da diese vom Arbeitsnachweis mit getragen werden. Andererseits wird dem berechtigten Interesse der Arbeitgeber an der beschleunigten Nachweisung von Arbeitskräften hierdurch genügt, und gleichzeitig damit auch den Interessen unserer Kollegen, die in anderen Städten vielleicht arbeitslos sind und zur Annahme der angebotenen Arbeitsstelle gern bereit wären. Was aber die Hauptsache ist, die Vermittlung bleibt ausschließlich in den Händen des Arbeitsnachweises, so daß eine böswillige Umgehung desselben so leicht nicht möglich ist.

Der Schuhverband für das deutsche Wagenbauergewerbe hat, wie in dem Geschäftsbericht für das Jahr 1909 geltend gemacht wird, trotz eifriger Bemühungen nur geringe Ausdehnung erfahren. Mehrere Korporationen, darunter auch die Ver-

sammlungen des Bundes der Stellmacherinnungen, haben Sympathieerklärungen für den Schuhverband beschlossen, verschiedentlich ist auch die Gründung von Bezirke-, resp. Ortsgruppen beschlossen worden, doch bedauert der Bericht, daß die Beschlüsse nachträglich zu wenig Unterstützung finden, um auch ein positives Resultat zu zeitigen. Große Hoffnung wird auf die Wirkung des Erlasses des preussischen Handelsministers Schdow gesetzt, welcher den Innungen den korporativen Beitritt zu den Arbeitgeberverbänden gestattet. Es wird erwartet, daß die Schmiede- und Stellmacherinnungen sich zu dem korporativen Beitritt zum Schuhverband entschließen werden, was selbstverständlich von großem Wert ist, weil indolente Meister herangezogen und dadurch die Mitgliederzahl sich bald vergrößern wird. Die Unternehmer haben also alle Ursache, Herrn Schdow für seinen Erlaß dankbar zu sein; durch die Fürsorge der preussischen Regierung erhalten ihre Kampforganisationen eine ganz bedeutende Stärkung.

Auf der am 11. März in Berlin abgehaltenen Generalversammlung wurde mitgeteilt, daß der Schuhverband im Jahre 1909 5872 Mt. eingenommen und 2898 Mt. ausgegeben hat; das Vermögen betrug am Jahresschluß 17155 Mt. Mit Rücksicht auf den in Aussicht stehenden Anschluß von Innungen — die Schmiedeinnung hat ihren Anschluß bereits vollzogen und die Stellmacherinnung dürfte einen gleichen Beschluß fassen — wurden einige Statutenänderungen vorgenommen. So wurde der Jahresbeitrag für Mitglieder, die einer dem Schuhverband korporativ beigetretenen Innung angehören, auf 2 Mt. für den durchschnittlich beschäftigten Arbeiter über 18 Jahre festgesetzt; die übrigen Mitglieder zahlen 8 Mt. Der offizielle Name des Verbandes, in welchem bisher die im Schuhverband vertretenen Gewerbe aufgezählt waren, wurde abgeändert in „Schuhverband für das deutsche Wagenbauergewerbe“.

Werkzeugfabrik Erlangen Akt.-Ges. vorm. Emil Kränzlein. Nach dem Geschäftsbericht wurden im Jahre 1909 nicht unwesentlich mehr Umsätze erzielt als im Vorjahr. Dieser Umsatze sowie auch die weitere gute Ausnutzung der Patente ermöglichten es, ein gutes Resultat zu erzielen. Der Reingewinn liegt bei 147796 Mt. auf 147714 Mt. und ermöglichte die Ausschüttung einer Dividende von 10 Proz. gegen 0 Proz. im Vorjahr auf das 1200000 Mt. betragende Aktienkapital.

Waggonfabrik Gebr. Hofmann u. Co., Akt.-Ges. in Breslau. Nach dem Geschäftsbericht ist die Beschäftigung im Jahre 1909 wesentlich hinter dem Vorjahr zurückgeblieben. Es wurden nur 848 (im Vorjahr 1184) Waggon und andere Arbeiten für 4579087 Mt. (5911346 Mt.) abgeliefert. Der Fabrikationsgewinn hat eine kleine Erhöhung erfahren, er betrug 1024481 Mt. gegen 1021188 im Vorjahr. Der Geschäftsbericht konstatiert, daß noch keine Aussicht auf eine bessere Beschäftigung vorhanden ist, und daß daher mit pro 1910 mit einem geringeren Fabrikationsgewinn gerechnet werden muß. Trotz des schlechten Abschlusses und trotz der trüben Aussichten ist die Dividende, die im Vorjahr 35 Proz. betrug, auf 40 Proz. erhöht worden. Diese auffällige Erscheinung findet ihre Erklärung in dem hohen Börsenkurs der Aktien, der wahrscheinlich stark zurückgehen würde, wenn, dem Geschäftsergebnis entsprechend, eine erheblich niedrigere Dividende verteilt würde.

**Gewerkschaftliches.**

**Die Generalkommission im Jahre 1909.**

In der Nr. 18 des „Correspondenzblatt“ gibt die Generalkommission den Bericht über ihre Tätigkeit im Jahre 1909. Einleitend werden die die Arbeiterschaft besonders berührenden gesetzgeberischen Aufgaben des Reichstages einer Besprechung unterzogen, insbesondere das Arbeitskammengesetz und die Reicherversicherungsordnung. Wegen den Legitimationskartenzwang für ausländische Arbeiter, der zuerst von Preußen, in der Folge aber auch von anderen Bundesstaaten eingeführt wurde, sind die Arbeitervertreter im Reichstag aufgetreten; sie haben auch eine Resolution durchgesetzt, in welcher der Bundesrat aufgefordert wird, dem System Einhalt zu tun. Bisher hat jedoch der Bundesrat zu dieser Resolution noch keine Stellung genommen. Auf der internationalen Konferenz der Vertreter der Gewerkschaftszentralen haben sich die Vertreter der ausländischen Organisationen verpflichtet, dahin zu wirken, daß ihre Regierungen die Rechte ihrer Staatsangehörigen schützen. Da der Legitimationskartenzwang den mit anderen Ländern abgeschlossenen Ueberlassungsverträgen widerspricht, ist es nicht ganz ausgeschlossen, daß die deutschen Regierungen genötigt werden, diese Einrichtung, die nichts ist, als ein Liebesdienst für die allmächtigen Agrarier, wieder zu beseitigen.

Die im Jahre 1908 zwischen der Generalkommission und dem Parteivorstand getroffene Vereinbarung über die Maidemonstration ist bekanntlich vom Parteitag in München abgelehnt worden. Es haben dann neue Verhandlungen zwischen den beiden Körperschaften stattgefunden, die zu dem Vorschlag der Bildung von Bezirksfonds zur Unterstützung Ausgesperrter führten. Dieser Vorschlag wurde von der Mehrheit der Verbandsvorstände gutgeheißen, und er fand auch die Zustimmung des Parteitages in Leipzig. Eine praktische Probe auf die Zweckmäßigkeit der Einrichtung wird, da diesmal der erste Mai auf einen Sonntag fällt, erst im nächsten Jahre gemacht werden können.

Von der Zentrale für die arbeitende Jugend wird berichtet, daß sie auf eine erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken kann. Die Versuche der Polizei, wie gegen die Jugendorganisationen auch gegen die Jugendauschüsse vorzugehen, haben diesen nichts geschadet. In allen größeren Städten bestehen jetzt Jugendauschüsse, die, wie die Zentrale, aus Vertretern der Partei, der Gewerkschaften und der Jugendlichen zusammengesetzt sind. Der Einberufung einer Konferenz von Vertretern der Jugend-

auschüsse, die schon früher angeregt wurde, soll jetzt nähergetreten werden. Das von der Zentrale herausgegebene Blatt, die „Arbeiter-Jugend“, erfreut sich eines solchen Anlaufes, daß es sich schon aus der Einnahme aus Abonnementsgeldern erhalten kann. Auch die Organisationen der Hausangestellten und der Landarbeiter haben erfreuliche Fortschritte gemacht.

Auf Beschluß der Vorstandskonferenz im März 1909 ist eine sozialpolitische Abteilung bei der Generalkommission eingerichtet worden. Mit dieser Abteilung sind die bisherigen Kommissionen für Bauarbeiterchutz und für Beseitigung des Noth- und Logiszwanges vereinigt worden. Die sozialpolitische Abteilung hat ihre Tätigkeit am 1. April 1910 begonnen. Sie ist zunächst mit zwei Beamten, darunter der seit herige Angestellte der Bauarbeiterchutzkommission, und einer Hilfsarbeiterin besetzt. Im Laufe des Jahres wird ein dritter Beamter und eine weitere Hilfsarbeiterin angestellt werden. Aufgabe der Abteilung ist es, die von den genannten Kommissionen begonnenen Arbeiten fortzusetzen; ferner soll sie alle Materialien für die Sozialgesetzgebung sammeln und so geordnet zur Verfügung halten, daß sie jederzeit bei Beratung einer Gesetzesvorlage in den Parlamenten oder zur Begründung der seitens der Vertreter der Arbeiterschaft zu stellenden Anträge Verwendung finden können. Da diese Materialsammlung vornehmlich von den Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei benutzt werden wird, so hielt sich der Parteivorstand für verpflichtet, einen Teil der nicht unbeträchtlichen Kosten dieser Einrichtung zu tragen. Selbstverständlich ist mit der Beteiligung an der Kostendeckung auch ein Mitbestimmungsrecht über die Einrichtung des Instituts im allgemeinen für den Parteivorstand verbunden. Die Verwaltung selbst liegt in den Händen der Generalkommission. Die Abteilung ist auch nicht ein selbständiges Unternehmen, sondern gleich wie das Zentralarbeitersekretariat, das Arbeiterinnensekretariat und die Redaktion des „Correspondenzblattes“ nur ein Teil in dem Organisationsapparat der Generalkommission.

Trotz der wiederholten Warnung, Gewerkschaftshäuser zu errichten, ohne daß eine genügende finanzielle Sicherung vorhanden ist, hat das Streben nach Schaffung solcher Einrichtungen unvermindert angehalten. Mit Recht wendet sich die Generalkommission gegen die immer wieder gemachten Versuche, die notwendigen Gelder durch Sammlungen aufzubringen, die über den Ort hinausgehen. Um die Frage der Errichtung und Verwaltung von Gewerkschaftshäusern im Kreise sachverständiger Genossen zu erörtern, hatte die Generalkommission auf den 29. und 30. Juni 1909 eine Konferenz von Vertretern der Gewerkschaftshäuser nach Berlin berufen. Die Konferenz stellte nach erschöpfender Aussprache eine Reihe von Grundsätzen auf bezüglich der Errichtung und Verwaltung der Gewerkschaftshäuser und der Arbeitsverhältnisse der in diesen Angestellten. Es wurde ferner beschlossen, eine Zentrale einzusetzen, an welcher die für die Sache wichtigen Materialien zu sammeln sind und die bei der Errichtung und Verwaltung eines Gewerkschaftshauses eingeholt werden kann. Wenn angängig, soll die Zentrale auch dahin wirken, daß eine möglichst einheitliche Durchführung in allen Gewerkschaftshäusern durchgeführt wird. Die Funktionen einer solchen Zentrale beschloß die Konferenz, der Generalkommission zu übertragen.

Die schon im Jahre 1908 in Aussicht genommene Delegation von Arbeitervertretern nach England zwecks Demonstration für den Frieden ist bisher nicht zustande gekommen. Dagegen ist die internationale Verbindung der Gewerkschaften durch das internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen weiter ausgebaut worden; insbesondere ist es auch gelungen, die Gewerkschaften der Vereinigten Staaten von Amerika dem internationalen Sekretariat anzuschließen. Für die Delegation zu dem bevorstehenden Internationalen Kongress in Kopenhagen ist eine Vereinbarung dahingehend getroffen, daß die Partei und die Gewerkschaften je hundert Delegierte entsenden.

Für Betreibung der Agitation in Gebieten mit ungenügend entwickelter gewerkschaftlicher Organisation unterhält die Generalkommission eine Anzahl von Agitationsstellen. In den Wintermonaten wurde ein der italienischen Sprache kundiger Agitator in die für die Lieferung von Arbeitern nach Deutschland hauptsächlich in Betracht kommenden Bezirke Italiens entsandt. Außerdem wurde in München eine Auskunfts- und Agitationsstelle für die aus Italien kommenden Ziegeleiarbeiter eingerichtet. Die Kosten für diese Einrichtung werden zu gleichen Teilen von dem Sekretariat in Wien, der Humanitaria in Mailand, dem Verbands der Fabrikarbeiter und der Generalkommission getragen.

Im Jahre 1909/10 wurden drei gewerkschaftliche Unterrichtskurse veranstaltet, außerdem war zum ersten Male ein Kursus für Arbeitersekretäre eingerichtet worden, an welchem 25 Sekretäre teilnahmen. Die drei gewerkschaftlichen Unterrichtskurse hatten 71 bzw. 65 und 62 Teilnehmer, insgesamt also 198, darunter 12, die vom Holzarbeiterverband entsandt waren. Um eine gleichmäßige Entschädigung der Kursus Teilnehmer herbeizuführen, ist vereinbart worden, daß vom Herbst 1910 ab die Diäten aus der Kasse der Generalkommission verauslagt werden, die sie später mit den Verbandsvorständen verrechnen.

Neben den Statistiken, die von der Generalkommission aufgenommen werden, liefern die Gewerkschaften auch dem reichsstatistischen Amt das Material für verschiedene vom



die dem bearbeitete Statistiken. Das verursacht... Inorganisation eine nicht unbedeutende Arbeitslast und erhebliche Kosten.

Von den von der Generalkommission herausgegebenen Vorschlägen erschien das „Correspondenzblatt“ Ende 1909 in einer Auflage von 20 200 Exemplaren gegen 25 800 Ende 1908.

Die Abrechnung der Generalkommission balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 780 237 Mk.; das Vermögen betrug am Jahreschluss 488 605 Mk.

Der Bildhauerverband hat andauernd unter der Ungunst der Verhältnisse zu leiden. Auch im Jahre 1909 ist seine Mitgliederzahl wieder von 3988 auf 3722 zurückgegangen.

Der Verband der Fleischer hielt vom 27.-30. März seinen Verbandstag in Hannover ab. Der Vorstandsbericht konstatiert, daß die Fluktuation im Verbande eine recht große ist.

Welle erfüllt. Eine lebhaft Auseinandersetzung tief die Frage des Boykotts hervor. Während der Vorsitzende die Mithilfe der Gesamtarbeitererschaft bei Lohnkämpfen dankbar anerkannte, aber ermahnte, sich nicht allein hierauf zu verlassen.

Der Gemeinbearbeiterverband hat seine Mitgliederzahl im Jahre 1909 um 8172, das ist 10,82 Proz., gesteigert; er zählte am Jahreschluss 82 488 Mitglieder.

Der Verband der Steinseher, Pflasterer und Verputzgenossen tagte über Ostern in Köln. Die Mitgliederzahl ist unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise im Jahre 1908 etwas gesunken, hat aber Ende 1909 mit 10 218 bald den früheren Höchststand wieder erreicht.

Der Tapeziererverband zählte im Durchschnitt des Jahres 1909 8258 Mitglieder gegen 8275 im Durchschnitt des Jahres 1908.

Der Töpferverband hat seine Mitgliederzahl im Jahre 1909 um 695 gesteigert; er zählte am Jahreschluss 11 060 Mitglieder gegen 10 365 am Schluss des Vorjahres.

Technisches.

Vom Fachblatt der Holzarbeiter ist das reichhaltig ausgestattete Aprilheft erschienen. Es macht den Leser mit Arbeiten des Stuttgarter Professors Bruno Langa bekannt.

Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 Mk. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu abonnieren.

Eingefandt.

Achtung, Pianofortearbeiter!

Die Pianofortefirma Gerh. Eversen, Kristiania (Norwegen) sucht unter Deduzesse und gegenwärtig auch in der Leipziger Fachzeitung Instrumentenarbeiter aller Branchen.

Der Betrieb des Herrn E. ist ein Zweigbetrieb. Die Vermittler in Deutschland engagieren die Kollegen unter der Vorgabe, es seien in R. Fachleute schlecht zu bekommen.

Instrumentenarbeiter Deutschlands, wenn Ihr Euch vor Schaden und unnützem Neger bewahren wollt, so geht ein Engagement mit der Firma G. Eversen in Kristiania nicht ein.

Die Zentralkommission der Musikinstrumentenarbeiter.

S. A.: M. Reinhold, Hamburg 10, Belle-Alliance-Straße 27, III.

Briefkasten.

\* Raummangels halber mußten einige Stimmen zum Verbandstage und Korrespondenzen aus Koburg, Warburg und Oranienburg, sowie Berichte über die Gantage Berlin, Dresden, Hannover und Düsseldorf für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Adressen der Sektionen.

Nachstehend veröffentlichen wir wieder die Adressen der Sektionsleiter, wie sie aus den Zahlstellen an uns berichtet wurden. Wir bitten um Ergänzung etwa fehlender Adressen.

- Büstenmacher. Augsburg: Josef Nagel, Neuß. Uferstr. 18. Berlin: Anton Wiese in Weizensee bei Berlin, Königs-Chaussee 66.

- Dresdler. Meißen: Karl Wollrab, Hersfelder Straße 30. Augsburg: Rudolf Groß, Fuggerei 22. Berlin: Otto Dahle, Bäderstr. 19.

- Nich, Grichstr. 4. Gera: Richard Rubik, Bschornstraße 60. Glashütte: Gustav Siebenecker, Hauptstraße 45.

- Stadlarbeiter. Berlin: Friedrich Hermel, Gärterstr. 12. Heilbronn: Emil Endres, Salzstr. 48.

- Rammacher. Berlin: Kurt Schmidt, Salitzer Straße 142. Dresden: Alexander Zieger, Paul-Gerberstr. 17.

- Knopfmacher. Berlin: Franz Rumpf, Straßmannstr. 8. Bernau: G. Schierz, Weinbergstr. 5.

- Pfahlstr. 10, IV. Hartha: Oskar Streller, Albertstraße 43.

- Rorbmacher. Berlin: Otto Schunke, Ewinemünder Straße 102. Brandenburg: Karl Nibel, Potsdamer Chaussee 1.

- Stellmacher. Augsburg: Benedikt Hill, S. Säckengäßchen, S. 198. Berlin: Gustav Brippnerau, Panlow bei Berlin.



Emil Winkler in Radewell bei Halle a. S., Köpferstr. 1a.
Hamburg: Erwin Lang, Wachsstr. 141, 11. Hannover:
Julius Wöbner in Ober-Midlingen, Wenzelstr. 60, I.

straße 12. Mathenow: Gustav Mik, Mülower Chaussee 4.
Stettin: Wilhelm Thom, Preußischestr. 20, S. pt.
Straßburg i. El.: Laurent Meyer, Brunnengasse 8, I.

Schiffszimmerer.
Boizenburg: Karl Günther, Schwartowerstr. 860b.
Bremen: Arnold Mohde, Gutenbergstr. 20. Bremer-
haben: G. Ludard, Vorstr. 18. Dresden: Mich.

Mobeltischler.
Ascherleben: Hermann Rinne, Hedlinger
Straße 11. Augsburg: Theodor Palm, Marienbad

Partettischler.
Augsburg: Max Eich, Georgenstr. 1, 41.
Berlin: Max Reich in Charlottenburg, Wallstr. 23.

Riffenmacher.
Berlin: Fritz Märter, Wiener Straße 20.
Bremen: Wilhelm Wiese, Mainstr. 8. Bünde:

Wagner: Hermann Rinne, Hedlinger
Straße 11. Augsburg: Theodor Palm, Marienbad

Ansüßler.
Bremen: Max Rudolf, Dorumstr. 26. Dresden:
Gustav Scholz, Voglerstr. 41, III. Düsseldorf: Jakob,

Säger.
Dresden: Probel, Leipziger Straße 174, I.
München: Bernh. Meiter, Freibadstr. 17 a/o. Pforz-

Wagner: Hermann Rinne, Hedlinger
Straße 11. Augsburg: Theodor Palm, Marienbad

Bautischler.
Altenburg: Alfred Ebert, Thümmelstr. 31.
Berlin: Karl Reiche, Engelufer 14. Frankfurt

Korffschneider.
Dresden: Otto Bauh, Damm 5. Braun-
schweig: Friedrich Lange, Weststr. 9b, III. Breslau:

Wagner: Hermann Rinne, Hedlinger
Straße 11. Augsburg: Theodor Palm, Marienbad

Matiermacher.
Altenburg: Ernst Rutschbach, Karlstr. 6, III.
Bahren: Johann Sogger, Kreuz 40. Berlin:

Pantinenmacher.
Fehrbellin: Franz Pletsch, Berliner Straße 111.
Hannover: Karl Sperling, Gustav-Adolfstr. 14, II.

Wagner: Hermann Rinne, Hedlinger
Straße 11. Augsburg: Theodor Palm, Marienbad

Stuhlauer.
Burg: Otto Steller, Turmstr. 6. Froburg:
Ernst Naß in Greifenhain Nr. 94. Hartha: Oskar

Vergolber.
Berlin: Otto Schulze, Mummelsburg bei Berlin,
Kantstr. 20. Brandenburg: Wilhelm Brieße, Waab-

Wagner: Hermann Rinne, Hedlinger
Straße 11. Augsburg: Theodor Palm, Marienbad

Polierer.
Berlin: Albert Schreiber, Kottbusser Damm 10.
Breslau: Adolf Jellisch, Bastenstr. 25. Darmstadt:

Abresen der Branchen-Zentralkommissionen.
Bürsten- und Pinselmacher: A. Gupler, Nürnberg,
Kernstr. 24 IV.

Wagner: Hermann Rinne, Hedlinger
Straße 11. Augsburg: Theodor Palm, Marienbad

Schiffstischler.
Kiel: Karl Panitzki, Friedrichsort, Friedrichsorter
Straße 21. Kostoda: Franz Groaten, Rajernstr. 28.

Knopfmacher: Paul Hoher, Schmolln, Bergstr. 27.
Stuhlarbeiter und Kammacher: Julius Silberbrandt,
Nitzdorf bei Berlin, Selchowstr. 6 II.

Berufsangehörigkeit der Mitglieder am Jahreschluß 1909.

Zahl der Mitglieder in den Gauen:

Table with 24 columns: Beruf, Gesamt, männlich, weiblich, 1909, 1908, Zunahme, Abnahme. Rows include various professions like Tischler, Schlosser, etc.



Versammlungs-Anzeiger.

Frankfurt a. M. Samstag, den 7. Mal, abends 7 1/2 Uhr...

Münchener. Die Kassenübernahmen der... 18. März...

Anzeigen.

Wald. Der Arbeitsnachweis der... für Tischler, Drechsler...

Meinhardt. Kassierer... für Tischler und... 7 bis 11 Uhr...

Wald. Der Arbeitsnachweis für... Tischler, Drechsler...

Wald. Unser Verzeichnistisch... befindet sich... 10-12 Uhr...

Wald. Der Arbeitsnachweis für... Tischler, Drechsler...

Hugo Lenz, Buchnummer 880 484 und... Theodor Horning...

Heinr. Kallier, Buchn. 445 197 wird ersucht... an die Expedition...

Wih. Krötz, Buchn. 448 235, geb. 14. 11. 1885... an die Expedition...

Heinr. Rippe, Tischler, Buchn. 448 990, geb. 10. 2. 1885... an die Expedition...

Karl Peter, Möbelhändler, geb. 1877... an die Expedition...

Wih. Voß, Tischler, Buchn. 445 990, geb. 10. 6. 1889... an die Expedition...

Fachblatt für Holzarbeiter

Der Jahrgang 1906 wird zu kaufen... an die Expedition...

Tüchtige Tischler u. Stuhlbauer

sie feine polierte Arbeit dauernd gesucht... Georg Dieckmann...

10 tüchtige Tischler, die schon auf bessere... gearbeitet haben...

6 tüchtige Möbelhändler... auf furnierte Sachen...

Georg Dieckmann, Möbelhändler... Weimar, Seifengasse 8.

Tüchtige Tischlergesellen... auf dauernde Arbeit...

Karl Schmidt, Wriezen a. O., Möbelhändler... mit Dampftrieb.

Tüchtige Tischlergesellen... auf dauernde Arbeit...

Gebr. Wegwart, Bielefeld (N.-M.)

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Hamburg... Bureau: Gewerkschaftshaus...

Den Kollegen zur Kenntnis... dass im Zahlstellengebiet...

Der Arbeitsnachweis der Hamburger... Tischler-Zunft...

Das Unschöne ist nicht gestattet... jeder im Zahlstellengebiet...

Der Arbeitsnachweis befindet sich... nur im Gewerkschaftshaus...

2 junge, tüchtige Gesellen auf Bau und... Tischler für dauernd gesucht.

Georg Dieckmann, Möbelhändler... Hamburg, Seifengasse 8.

Wir suchen tüchtige, selbständig arbeitende... Tischler...

Wir suchen mehrere tüchtige... Tischler...

Mehrere tüchtige Stuhlbauer... gesucht.

1 älterer Stellmacher... erhält gute Arbeit bei...

Tüchtige Stuhlpolierer... finden dauernde...

2 Stuhlpolierer... suchen sofort ein...

Ein tüchtiger Holzdreher... findet dauernde...

Infolge Betriebsvergrößerung... suchen wir...

Heidelberger Federhalterfabrik... Koch, Weber & Co.

Tüchtiger Holzdreher... auf feste für...

Einige tüchtige... Korbmacher...

Ein tüchtiger Korbmacher... auf Groß...

Jüngere Korbmacher... auf Bestellung...

2 Korbmacher... auf edig Gellingschlagen...

Bei sofort ein Korbmacher... auf Bestellung...

Geübte und solide... Tischler... gesucht.

Pantinenmacher... findet sofort...

2 Tischler... auf Bauarbeit erhalten sofort...

Den Kollegen zur Kenntnis... dass im Zahlstellengebiet...

Für Holzbildhauer oder Tischler.

Günstige Gelegenheit zur Übernahme... eingetragener...

Billiges Holz.

Wir offerieren circa 2000 Bestm... Thür. Buche...

Wir suchen mehrere tüchtige... Tischler...

Wir suchen mehrere tüchtige... Tischler...

Mehrere tüchtige Stuhlbauer... gesucht.

1 älterer Stellmacher... erhält gute Arbeit bei...

Tüchtige Stuhlpolierer... finden dauernde...

2 Stuhlpolierer... suchen sofort ein...

Ein tüchtiger Holzdreher... findet dauernde...

Infolge Betriebsvergrößerung... suchen wir...

Heidelberger Federhalterfabrik... Koch, Weber & Co.

Tüchtiger Holzdreher... auf feste für...

Einige tüchtige... Korbmacher...

Ein tüchtiger Korbmacher... auf Groß...

Jüngere Korbmacher... auf Bestellung...

2 Korbmacher... auf edig Gellingschlagen...

Bei sofort ein Korbmacher... auf Bestellung...

Geübte und solide... Tischler... gesucht.

Pantinenmacher... findet sofort...

2 Tischler... auf Bauarbeit erhalten sofort...

Den Kollegen zur Kenntnis... dass im Zahlstellengebiet...

Neu! D. R. G. M. Neu! Fuchsschwanz, zweiseitig... Blattlänge 25 cm...

Spezialgeschäft amerik. und engl. Tischler-... und Wildhauer...

Das beste Handwerker-Lesebuch ist... „Wanderlust“...

Scherms Reisehandbuch... für wandernde Arbeiter...

Leim-Wärm- u. Trockenöfen... Wärmplatten, Zink-Zulagen...

Schreiner... Werkzeuge, Putzhobel, Feile...

Süddeutsche Schreiner-Fachschule... Nürnberg...

Tischler-Fachschule Blankenburg... 1 bis 12 monatliche Kurse...

B. Kolscher's... Fachschule Detmold... für Tischler...

Tischler-Fachschule Detmold... gegründet 1893...

Erstkl. Tischler-Fach-Kurse... Dresden-A.

in der Praxis

bereiten die Selbstunterrichtswerke... System Karnaak-Hachfeld...

Tischler-Fachschule Detmold... gegründet 1893...

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik Hamburg 23... zwei deutsche Reichspatente...

Advertisement for Paul Horn's wood finishing products, including 'zwei deutsche Reichspatente', 'eine sofortige Porenfüllung', and 'erschert Material, Zeit, Arbeit'.

Den Kollegen zur Kenntnis... dass im Zahlstellengebiet nur der Arbeitsnachweis...

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes... Druck: Bonawis Buchdruckerei...